

NACHRICHTEN

Delegationsreise: Eine Gruppe von Zapatistas will im Sommer 2021 die Welt bereisen.

3

PROJEKTE

Annette Maier und ihr Vater kämpfen mit der Bürokratie, um ihren Rindern Tierquälerei zu ersparen.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Wissenschaft & Lehre: Das Genossenschaftswesen hat es an den Universitäten schwer.

7

BIOTONNE

Der Ackersyndikat e.V. will Höfe als unverkäufliches kollektives Eigentum sichern.

13

SCHWERPUNKT



▲ Das 3HäuserProjekt in Freiburg im Sommer 2017: Die Banner am Gerüst machen deutlich, welche Ziele das Mietshäuser Syndikat verfolgt.

Foto: Frank Mayer

Mietshäuser Syndikat

»Menschenwürdiger Wohnraum, das Dach überm Kopf, für alle!« lautet einer der Grundsätze des Mietshäuser Syndikats. Seit bald 30 Jahren schließen sich selbstorganisierte Hausprojekte in diesem Verbund zusammen, um dem privateigentümelnden Immobilienmarkt eine solidarische Perspektive entgegenzusetzen. Bereits 2003 widmete die CONTRASTE dem Syndikat einen Schwerpunkt. Und wo steht das Mietshäuser Syndikat heute? Zeit für einen neuen Blick in dieses vielfältige Netzwerk!

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL UND VEIT WOLFER, MIETSHÄUSER SYNDIKAT

1992 ist das Mietshäuser Syndikat (MHS) aus dem bewegten Häuser- und Mietkampf um die Grether'sche Fabrik in Freiburg hervorgegangen. Die damals festgelegten Grundsätze bilden auch fast 30 Jahre später noch den Kern der Syndikatsidee: Gemeineigentum an Haus und Grund, bezahlbarer Wohnraum für alle und die Solidarität zwischen den selbstorganisierten Hausprojekten. Alle Syndikatsprojekte vereint der kollektive Wunsch nach einem Haus, in dem es sich selbstbestimmt leben oder arbeiten lässt, dem nicht irgendwann die Zwangsäumung oder Abrissbirne

droht. Dass dies auch ohne Privateigentum an Immobilien möglich ist, zeigen die inzwischen 161 MHS-Projekte – Tendenz stark steigend.

Die gemeinsame Idee wird auf vielfältige Weise vor Ort gelebt: Vom Kleinprojekt mit vier Menschen bis zu großen Wohnanlagen mit 275 Bewohner*innen oder rein gewerblich genutzten Häusern. Hinzu kommen zwei Entwicklungen, die besonders in den größeren Städten ins Auge fallen: Mehr Mieter*innengemeinschaften schließen sich zusammen – oft durch den drohenden Verkauf ihres Mietshauses alarmiert – und wenden sich an die Beratungsstrukturen des Syndikats, um ihr Haus kollektiv zu übernehmen. Des Weiteren finden

sich vermehrt Gruppen zusammen, die trotz der hohen Anfangsinvestition einen Neubau errichten wollen anstatt einen bröckelnden Altbau aufwendig zu sanieren. Mit der Syndikatstiftung hat das MHS zudem ein neues Werkzeug für die Vergesellschaftung von Grund und Boden, mit dem es neuen Hausprojektgruppen zusätzlich finanziell unter die Arme greifen will.

Neben diesen konkreten Projekten engagiert sich das Mietshäuser Syndikat in den letzten Jahren verstärkt auf politischer Ebene und setzt sich für die Interessen des gemeinschaftlichen und selbstverwalteten Wohnens ein, beispielsweise indem es für solidarische Projekte Ausnahmen im Kleinanlegerschutzgesetz

aushandelt oder dafür sorgt, dass das Syndikatsmodell gleichberechtigt neben Baugruppen oder Genossenschaften bei Grundstücksvergaben berücksichtigt wird. Lobbying für eine Stadt für alle.

Ungeachtet des starken Wachstums des Projektverbundes sind es nach wie vor die vielen Engagierten in den Hausprojekten, die das Syndikat mit Leben füllen und sich unentgeltlich für die Ideen des Syndikats einsetzen. Bis heute gibt es im MHS nur eine halbe, bezahlte Stelle. Mit dem Wachstum wurden jedoch auch die Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut: dezentral organisierte, regionale Beratungen und Koordinatoren übernehmen heute größtenteils

die Beratung neuer Hausprojekte vor Ort. Darüber hinaus wird in Arbeitsgruppen Wissen ausgetauscht und themenbezogen diskutiert, wie sich das Syndikat weiterentwickeln kann.

»Expansion oder Zellzeitung: sind neunzehn (...) Haus-Projekte bereits zu viel? Oder nur die winzige Keimzelle eines großen solidarischen Zusammenhangs, der prinzipiell auch tausend Mietshäuser in Selbstorganisation aufnehmen kann?« Die bereits 2003 in der CONTRASTE gestellte Frage ist auch heute noch unbeantwortet. Aber in den nächsten 30 Jahren bleibt genug Zeit, das herauszufinden.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

FLENSBURG

Bahnhofswald wurde geräumt

Seit Oktober 2020 versuchten Besetzer*innen im Flensburger Bahnhofswald den Neubau eines Hotels mit Parkhaus zu verhindern. Nach der Räumung, die am 23. Februar nach mehreren Versuchen vollständig durchgesetzt wurde, hat nun der BUND Widerspruch gegen die Baugenehmigung eingelegt.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

»Kaum ein Mensch in Flensburg will dieses Hotel. Und dennoch wird ohne Rücksicht ein Lebensraum zerstört.« So kritisierten einige Besetzer*innen

in einer Stellungnahme die Politik der Stadt Flensburg sowie das Vorgehen der Polizei. Sie zeigten sich enttäuscht von Oberbürgermeisterin Simone Lange, die sich zuvor noch dafür ausgesprochen habe, den Wald wegen der Pandemie-Lage nicht räumen zu lassen.

Bereits am Freitag, 19. Februar, hatten die Hotelinvestoren versucht, das Gebiet mit privatem Security-Personal selbst zu räumen – und mussten von der Polizei gestoppt werden. Zwei Tage später forderte die Stadtverwaltung dann die Besetzer*innen offiziell auf, den Bahnhofswald zu verlassen.

Die Begründung lautete, dass die Menschen in den Baumhäusern nicht wohnen und somit gegen die nächtliche Ausgangssperre verstossen würden. Aufgrund der drohenden Räumung kamen zahlreiche Unterstützer*innen in den Park, um sich mit den Besetzer*innen zu solidarisieren. Sie schlugen auf Töpfe und waren laut. Aktivist*innen von Junepa blockierten zeitweise die Polizei bei ihren Fahrten auf das Gelände. Am Abend, etwa eine Stunde vor Ausgangssperre, ging zudem ein Firmenauto des Investors Jan Dusch-

kewitz in Flammen auf. Eine autonome Gruppe hatte im Internet zuvor angekündigt, für jeden gefällten Baum im Bahnhofswald ein Auto anzuzünden. Am nächsten Morgen wurde die zentrale Kreuzung neben dem Flensburger ZOB durch eine Abseilaktion von einer Brücke blockiert.

Die letzten Besetzer*innen verließen am Montag, 23. Februar, das Gelände. Wie der NDR berichtete, hat der BUND Schleswig-Holstein einen Tag nach der Räumung bei der Stadt Flensburg Widerspruch gegen die Baugenehmigung für das Hotelprojekt eingereicht.

Aus Sicht der Umweltschützer*innen fehlt noch ein Gutachten der Investoren, das belegen soll, dass eine Quelle auf dem Gelände sowie der Steilhang durch den Bau nicht beeinträchtigt werden. Ein Stadtsprecher bestätigte das Fehlen des Gutachtens gegenüber dem NDR – wies aber darauf hin, dass der Investor vorher ohnehin nicht bauen dürfe. Die Stadt prüfe jetzt den Widerspruch des BUND.

Berichte und Stellungnahmen der Besetzer*innen unter: <https://subtilus.info/>

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN	SEITE 3	SCHWERPUNKT	SEITE 9
DELEGATIONSREISE DER ZAPATISTAS		WIE EINE NEUE GRUPPE ENTSTEHT AG KONFLIKTE	
PROJEKTE	SEITE 4		SEITE 10
URIA-RINDER, SCHWÄBISCHE ALB AG BERATUNG		MIETSHÄUSER SYNDIKAT INTERNATIONAL SYNDIKATSTIFTUNG	
PROJEKTE	SEITE 5		SEITE 11
PORTRÄT DER FRIEDENSAKTIVISTIN LIES WELKER		SELBSTVERWALTETE MIETSHÄUSER, BERLIN KOLLEKTIVBETRIEB SCHICKSAAL, LÜBECK	
BEWEGUNG	SEITE 6		SEITE 12
PARISER COMMUNE IN DER LITERATUR		NEUBAU-PROJEKTE IM MIETSHÄUSER SYNDIKAT NEUE BAUGEBIETE IN FREIBURG	
GENOSSENSCHAFTEN	SEITE 7	BIOTONNE	SEITE 13
WISSENSCHAFT & LEHRE: GENOSSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGSINSTITUTE IN DEUTSCHLAND		ACKERSYNDIKAT E.V.	
ÜBER DEN TELLERRAND	SEITE 8	KUNST & KULTUR	SEITE 14
HERAUS ZUM 15. UND 18. MÄRZ! RECHTSTICKER		ANDERE PERSPEKTIVEN AUF DEN MAUERFALL FEMINISTISCHER COMIC VON EMMA	
		REZENSIONEN	SEITE 15
		WAS WAR DIE PROLETARISCHE WENDE? DIE CORONA-GESELLSCHAFT DIE PARISER COMMUNE WIDERSPRUCH 75 KRITISCHE LANDFORSCHUNG	
		TERMINE, KLEINANZEIGEN	SEITE 16
		KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contrastE abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich (51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2021

Liebe Leser*innen,

mit der Zuspitzung des Kapitalismus zum gnadenlosen Neoliberalismus wurde auch das Menschenbild noch negativer. Nach dem Philosophen Hobbes muss der Mensch vom Staat erzogen und im Zaum gehalten werden. Hinter der dünnen Zivilisationsschicht drohe sonst das basale Schlechte/Wilde hervorzubrechen. Nun hat Rutger Bregmann in seinem Buch »Im Grunde gut« eine gegenteilige Stimme erhoben. Nach interessanten Blicken hinter die Kulissen gängiger Thesen und vermeintlichen Studien-Resultaten kommt er in seinem Buch mit dem Philosophen Rousseau zu einem diametral anderen Ergebnis. Die große Mehrheit der Menschheit sei basal gut, nur die Zivilisation habe die Machty-

pen stets nach oben gebracht, von wo aus sie ihr Unwesen trieben. Zu ergänzen wäre hier, dass die heutige Warengesellschaft mit ihren Konkurrenz-Sachzwängen per se hierarchiefördernd ist. »Im Grunde gut« bringt große Zuversicht für Neues im Alten. Weil der Mensch evolutionär geeicht ist auf Kooperation, auf Zusammenwirken auf Augenhöhe, auf Helfen und Solidarität. In diesem Sinne stellt die CONTRASTE nun schon seit mehr als 35 Jahren – unbeirrt vom Mainstream – Initiativen und Projekte vor, die mitten im neoliberalen Umfeld das basale Gute zu entfalten suchen. Die vielen Versuche haben zugenommen. Wann wird die Saat aufgehen? Wieder gut: Es sind 547 Unterstützungs-Euro eingegangen, um den Fortbestand der CONTRASTE zu sichern. Vielen Dank. Nun werden

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNG ALS LEBENSRETTENDE MASSNAHME

VON BRIGITTE KRATZWALD

Viele schauen derzeit besorgt auf die »Anti-Corona-Demos«, an denen neben Rechten und Verschwörungstheoretiker*innen auch viele Menschen teilnehmen, die sich einfach als unpolitisch verstehen, aber kein anderes Ventil finden, um ihre starke Belastung durch die Anti-Corona-Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen. Tatsächlich gab es außer Durchhalteparolen lange Zeit wenig aus linker Perspektive zu hören, vor allem kaum Kritik an den Maßnahmen.

Viel Zustimmung erhielt die Zero-Covid-Initiative für ihre Forderungen nach noch schärferem Lockdown. Kritik daran wird oft vorschnell als sozialdarwinistisch und rechts diskreditiert. Hinter diesen Diskussionen verschwinden die dazugehörigen sozialen Forderungen und schaffen es nach wie vor nicht, die betroffenen Menschen zu erreichen. Zu viel Terrain wurde offensichtlich schon an die schnell und laut vorgebrachten und oft auf den ersten Blick plausibel klingenden Verschwörungstheorien verloren.

Dabei enthält die wachsende Zahl linker Debattebeiträge jenseits der unterschiedlichen Positionen zu Corona viele Gemeinsamkeiten. Alle zeigen auf, dass all die Probleme des neoliberalen Kapitalismus, die schon lange benannt wurden, durch die Corona-Krise verstärkt und nun für alle Menschen überdeutlich wahrnehmbar werden. Und sie sind sich auch einig darin, dass längerfristig nur durch die Überwindung des Kapitalismus Bedingungen geschaffen werden können, unter denen Gesellschaften mit Pandemien wirklich

solidarisch umgehen können. Derzeit verschärft sich die soziale Ungleichheit, zuhause bleiben können im Wesentlichen die Bessergestellten. Prekär Beschäftigte, ökonomisch Schwache, soziale Randgruppen leiden am meisten und können sich am wenigsten schützen. Daraus müssten sich doch Forderungen ableiten lassen, mit denen die betroffenen Menschen erreicht werden könnten, wenn man sich nur überwinden könnte, den Unterschieden in der Bewertung der Maßnahmen zum Trotz, gemeinsam aufzutreten.

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung der am meisten geforderten Beschäftigten in Handel, Pflege oder bei Zustelldiensten, Maskenpausen, Verbesserungen bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe – oder gleich ein bedingungsloses Grundeinkommen; Rücknahme der Privatisierungen im Gesundheits- und Pflege-sektor; Entwicklung des Schulsystems, das derzeit die ohnehin schon Marginalisierten endgültig abhängt; Vermögenssteuern, die die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns abdecken. Schon lange war die Wahrscheinlichkeit nicht mehr so groß, dass diese Forderungen von einer großen Masse von Menschen mitgetragen werden könnten, zeichnet sich doch schon ab, dass es wieder die Schwächsten sein werden, die die Kosten tragen, finanziell und mit ihrer Gesundheit. Wir könnten nicht weniger als »die gesellschaftliche Veränderung als eine dringliche lebensrettende Maßnahme einfordern«, wie es der Autor Panagiotis Sotiris schon im März vorschlug.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter **koordination@contrastE.org**

Im Grunde gut

Wir danken den Spender*innen

B.R.	19,00
E.S.	5,00
S.R.	50,00
L.M.	20,00
E.P.	50,00
V.M.	19,00
B.U.	140,00
L.C+M.L.	8,00
K.M.	11,00
M.B	200,00
G.C	10,00
J.B	10,00
S.L.	5,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 5 UND 6 EXTERN FINANZIERT.

Spendenticker »Aktion 2021«



Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **2.696,78 Euro**

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

DELEGATIONSREISE

Die Zapatistas bereisen den Planeten

Ab Sommer 2021 will die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN eine Delegation aus Mexiko in die ganze Welt schicken. Mit ihrer neuen Initiative wollen sie die Resignation durchbrechen und Hoffnung säen. Wie häufig in ihren Texten schließt ein kürzlich veröffentlichtes Kommuniqué rebellisch und gleichzeitig humorvoll: »Wir sind Zapatist*innen, Träger*innen des Virus des Widerstandes und der Rebellion. Als solche werden wir die fünf Kontinente bereisen.«

LUZ KERKELING, GRUPPE B.A.S.T.A. MÜNSTER

»Der Plan der Zapatistas ist von historischer Tragweite: Es ist das erste Mal seit ihrem Aufstand von 1994, dass eine Delegation der EZLN andere Länder der Welt bereist. Am 1. Januar 1994 hatten die Zapatistas sich aus Anlass des an diesem Tag in Kraft getretenen nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada, Mexiko und den USA im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas gegen Ausbeutung und Unterdrückung erhoben. Zuvor mussten viele Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen leben.

Die Zapatistas haben mit ihrer Rebellion viele Bereiche des Alltagslebens der Bevölkerung in Chiapas verbessert. Es wurden erfolgreich autonome Strukturen geschaffen. Das Spektrum umfasst Gesundheit, Bildung, Frauenrechte, Verwaltung, Produktion, Rechtsprechung, Medien und Umweltschutz.

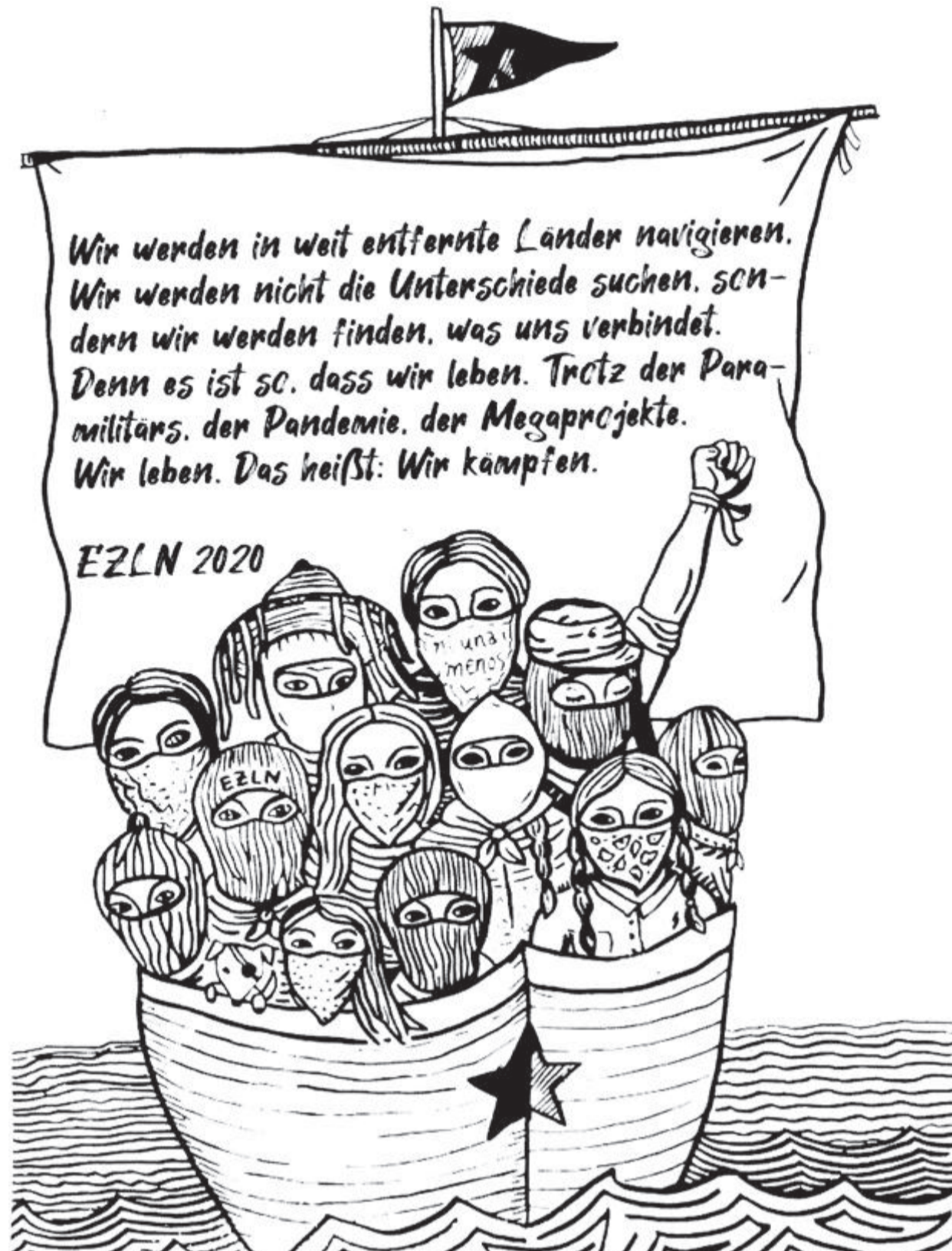
Dort, wo die plurikulturell und indigen geprägte Bewegung der Zapatistas in Chiapas ihre basisdemokratische Politik gestalten kann, gibt es eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung. Zudem war und bleibt die EZLN eine anti-systemische Massenbewegung, die zahlreiche linke Bewegungen in Mexiko und der Welt inspiriert und mit ihnen im Austausch ist.

Der Widerstand der zapatistischen Frauen

Die für den Sommer 2021 geplante Delegation wird hauptsächlich aus Frauen »und anderen Geschlechtern« bestehen, wie die EZLN bekannt gab. Die Kämpfe von Frauen haben schon seit vielen Jahren eine große Bedeutung in Mexiko. Es gibt äußerst viele Morde und Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen – aber auch viel selbst organisierten Widerstand: Bei einem von Zapatistinnen organisierten Treffen in dem von ihnen kontrollierten Territorium kamen 2019 über 8.000 Teilnehmerinnen aus der ganzen Welt zusammen, um den Widerstand gegen patriarchale Unterdrückung voranzutreiben.

Die Situation der indigenen Frauen war vor 1994 von sexualisierter Gewalt durch die Großgrundbesitzer – aber auch durch innerfamiliäre Unterdrückung – geprägt. Durch das entschlossene Engagement der Frauen konnten diese Missstände entscheidend zurückgedrängt werden. Heute sind die Zapatistinnen bedeutende Protagonistinnen der Bewegung und bekleiden viele Ämter. Doch sie betonen weiterhin, dass noch vieles fehlt, bis von wirklicher Gleichberechtigung gesprochen werden kann.

Ab Juli wird eine Delegation von rund 160 Personen unterwegs sein. Ein Teil der Reise soll per Schiff absolviert werden. Die Zapatistas haben den Plan, diverse europäische Länder zu besuchen. Damit wird symbolisch die vermeintliche »Eroberung« Lateinamerikas anti-kolonial konterkariert. Zudem betont die Bewegung, dass die indigene Bevölkerung niemals unterworfen werden konnte. EZLN-Sprecher Subcomandante Moisés erläuterte in einem Kommuniqué die Beschlüsse: »Dass wir nach dem Bereisen verschiedener Winkel Europas von unten und links am 13. August 2021 in Madrid ankommen werden, der Hauptstadt Spaniens – 500 Jahre nach der angeblichen Eroberung (spanisch: Conquista) dessen, was heute Mexiko ist.«



Grafik: F. - Ya-Basta-Netz

Begleitet wird die EZLN-Delegation von einer Gruppe des linksgerichteten, parteiunabhängigen Nationalen Indigenen Kongresses (spanisch: CNI) aus vielen anderen mexikanischen Bundesstaaten sowie einer Gruppe der Gemeindefront zur Verteidigung von Land und Wasser (FPDTA) aus Morelos, Puebla und Tlaxcala. Ein wichtiges Thema ist hier der Widerstand gegen mehrere neoliberale, technik-gläubige und weiß-männlich geprägte »Entwicklungsprojekte« wie zum Beispiel den »Maya-Zug« (spanisch: Tren Maya). Dieser soll Südmexiko – mittels einer neuen Zugtrasse von ca. 1.500 Kilometern – für Luxustourismus und die Plünderung der Naturressourcen erschließen.

Im Januar gab die mexikanische Regierung unter dem neoliberal-sozialdemokratischen Präsident Andrés Manuel López Obrador bekannt, dass der »Tren Maya« von der mexikanischen Armee »verwaltet« werden soll. »Verwaltung« bedeutet hier zweifellos auch militärische Durchsetzung durch binnenkoloniale Maßnahmen mit Unterstützung transnationaler Großkonzerne; doch der Widerstand dagegen wächst bei der betroffenen Bevölkerung, bei sozialen Bewegungen und Intellektuellen.

Ein anderes Mega-Projekt, das nach Analysen von Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen fatale soziale und ökologische Folgen mit sich bringen wird, ist der Bau einer Gaspipeline und zweier thermoelektrischer Kraftwerke im Bundesstaat Morelos nahe Mexiko-Stadt. Die Bevölkerung der Region befürchtet schwer kalkulierbare Risiken durch die Verschmutzung der Gewässer sowie durch den noch immer aktiven Vulkan Popocatepetl. Sie sind sicher, dass lediglich Unternehmen und der privilegierte Teil der urbanen Bevölkerung von dem Großprojekt profitieren werden. 2019 wurde hier der indigene Umwelt-, Sozial- und Medienaktivist Samir Flores ermordet, weil er in Morelos eine wichtige Stimme und Mitorganisator des Widerstands war. Die Zapatistas haben dazu eine klare Einschätzung: »Hier, in Morelos, synthetisiert sich die aktuelle Konfrontation in aller Welt: Geld versus Leben.«

In ihren aktuellen Kommuniqués warnt die zapatistische Bewegung – auch in Bezug auf Corona – vor wieder erstarkenden Nationalismen und kriegerischen Handlungen, die laut ihrer Einschätzung dazu dienen, dass der Kapitalismus weiterhin funktioniert und wieder mehr konsumiert wird, auch wenn benachteiligte Bevölkerungsgruppen in vielen Ländern darunter leiden oder sogar sterben.

Die EZLN erkennt die große Vielfalt und teils auch die Unterschiede und Gegensätzlichkeiten linker Bewegungen an, betont in einem aktuellen

Kommuniqué vom 1. Januar 2021 aber auch die wichtigen Gemeinsamkeiten, um die Arbeit an gemeinsamen Zielen zu stärken: »Eine Erklärung ... für das Leben: [...] Uns eint, dass wir uns den Schmerz der Welt zu eigen machen. Jeder Anspruch auf Homogenität und Hegemonie widerspricht der Essenz menschlicher Wesen: ihrer Freiheit. Die Gleichheit der Menschheit liegt in der Respektierung ihrer Differenz. In ihrer Differenz liegt ihre Ähnlichkeit. Das Hören und Sehen der Anderen erlaubt uns voranzuschreiten. Der Kampf für die Menschheit ist weltweit. [...] Von einer der Brücken der Würde aus, welche die fünf Kontinente verbindet. Nosotr@s – Wir. Planet Erde. 1. Januar 2021.«

Die neue Initiative der Zapatistas trifft auf enormes Interesse. Das »Europa von unten und links« befindet sich seit Beginn der Bekanntmachung des Vorhabens in einem intensiven, außerparlamentarischen Organisationsprozess hunderter Gruppen und Organisationen. Danach gehen die Reise und die Rebellion weiter...

Links:
www.gruppe-basta.de
www.ya-basta-netz.org
www.chiapas.eu

Zur Durchführung der Delegationsreise werden dringend Spenden benötigt. Bitte auf folgendes Konto:
Zwischenzeit e.V.
IBAN: DE91 4306 0967 0033 5767 00
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: »Spende Delegation Zapatistas«

MELDUNGEN

Neuer anarchistischer Podcast

Ende Januar ist das neue Podcast-Projekt »Auf Sofa – Über-tage« gestartet, seitdem erscheint jeden Sonntag eine neue Folge. Die Macher*innen beschreiben sich selbst als »anarchistische Pottcaster« (aus Dortmund), die sich »mal polemischer, mal belangloser aber immer stabil klassenbewusst« verschiedenen Themen widmen. So wird in der ersten Folge zunächst die Frage diskutiert, warum sie überhaupt von Klasse sprechen. In einer späteren Folge beschreiben die beiden ihren persönlichen Weg zum Anarchismus. In separaten Beiträgen gehen die Autor*innen auf Kritik, Fragen und Anregungen ein.

Link: <https://linktr.ee/uebertage>

Erfolgreiche Spendenkampagne

Nach knapp zweieinhalb Monaten sind bis einschließlich 15. Februar 2021 auf dem Solidaritätskonto der FAU-Frankfurt 6.040 Euro für den Wiederaufbau des 2018 von Nazis niedergebrannten besetzten Hauses Libertatia in Thessaloniki eingegangen (siehe CONTRASTE Nr. 437, Februar 2021). Das Geld ist bereits in Thessaloniki angekommen. Die Kampagne ist somit beendet. Wer beim weiteren Wiederaufbau des Hauses behilflich sein möchte, kann je nach Verlauf der Corona-Pandemie im Frühling/Sommer vor Ort in Thessaloniki Kontakt mit den Besetzer*innen aufnehmen und selbst Hand anlegen.

Kontakt: fauffm5@fau.org

ANZEIGEN

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunktt Themen

- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute
- Nr. 201: Die Politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- Nr. 202: Green New Deal!? Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)

Einzelheft: 192 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!
www.berzt-fischer.de/prokla

BERZT • FISCHER

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Ihrer Zeit weit voraus

Der Uria-Hof der Maiers in Balingen-Ostendorf, eingebettet in die geschwungene Hügellandschaft der Schwäbischen Alb, ist anders als fast alle anderen Höfe in Deutschland. Das wird einem schnell klar, wenn man sich mit Annette Maier und ihrem Vater Ernst Hermann unterhält, in einem Zimmer des Hofes, von dessen Wänden präparierte Rinderköpfe auf einen niederblicken: Es sind dahingeschiedene Uria-Tiere.

MARKUS WANZECK, HAMBURG

Die Maiers zählen zu den Bio-Pionieren. Aber Bio allein geht ihnen nicht weit genug. Ihre Rinder bekommen nur Gras und Heu zu fressen, kein zusätzliches Kraftfutter. Kein Bulle wird kastriert, kein Kuhhorn mit einem Brennstab entfernt. Kälber werden nicht von den Mutterkühen getrennt. Auf mehr als 80 Hektar Weideland leben die Rinder im Großfamilienverbund. Auf diese Weise ist eine in Europa einzigartige, weitgehend autonome Herde von knapp 300 Tieren herangewachsen.

Tierärztliche Betreuung? Entfällt fast völlig. Geburten? Klappen meist komplikations- und assistenzlos auf der Weide.

Die Tiere finden Geborgenheit und soziale Bindung in der Herde. »Das ist ein richtiges Rindervolk«, sagt Ernst Hermann Maier. »Anders kann man es nicht nennen.« Besonders die Bindung zwischen den Mutterkühen und ihren weiblichen Nachkommen sei eng, sagt Annette Maier, die den Hof inzwischen führt: »So bilden sich Kleinfamilien, die die Herde stabil machen. Man sieht auch Freundschaften zwischen Rindern, die im gleichen Monat geboren wurden. Das hält ein ganzes Leben lang.«

Vor fast vier Jahrzehnten begannen die Maiers mit der Freilandhaltung. Aus der Not heraus. Im Herbst 1983 wurde Ernst Hermann Maiers Vater krank, fiel auf dem Hof aus. Um das Arbeitspensum – Fütterung von Hand,



▲ Annette Maier und ihr Vater Ernst Hermann haben einige Bürokratie-Schlachten hinter sich, um ihren Uria-Rindern Tierquälerei zu ersparen.

Foto: Christoph Püschner/Zeitenpiegel

Ausmisten mit der Schubkarre – zu reduzieren, entschied die Familie kurzerhand, die Tiere auch im Winter auf der Weide zu lassen. Sie bemerkten, wie gut das den Tieren tat, und beschlossen: Die bleiben draußen. Sie taufte sie »Uria-Rinder«, als Hommage an den Ur, jenen wildlebenden Auerochsen, der vor Jahrhunderten ausgerottet wurde.

Es folgten jahrzehntelange Bürokratieschlachten, die den Uria-Hof zu einem deutschland- und europa-weiten Vorkämpfer für Nutztiervohl machen sollten. Die erste zettelten die Maiers an, weil sie ihre Rinder direkt auf der Weide schießen und in der hofeigenen Metzgerei verarbeiten wollten, statt sie in den Schlachthof zu karren. Denn Schlachthöfe, sagt Ernst Hermann Maier, »sind

die Hölle«. Die Auseinandersetzung begann Ende der 1980er Jahre und endete erst im Jahr 2000, als das Verwaltungsgericht Baden-Württemberg das Schießen von Rindern, die ganzjährig auf der Weide leben, erlaubte. Seit 2001, nachdem er die Jägerprüfung abgelegt hatte, schießt Ernst Hermann Maier selbst. Ungefähr zwei Rinder pro Woche.

Während der gerichtlichen Auseinandersetzung vervielfachte sich die Größe der Herde wegen des faktischen Schlachtverbots – auf der Weide schießen war den Maiers nicht erlaubt und der Schlachthof kam für sie nicht in Frage – von 40 auf mehr als 200 Tiere.

1995 erfand Ernst Hermann Maier eine »mobile Schlachtbox«, mit der man Rinder nach dem Betäu-

bungsschuss direkt auf der Weide ausbluten lassen kann, und begann, sie zu vermarkten. Im selben Jahr wurde der Uria e.V. gegründet, ein gemeinnütziger Tierschutzverein mit inzwischen rund 1.400 Mitgliedern, ohne dessen Unterstützung es dem Uria-Hof, so sagt Maier, »furchtbar dreckig« ginge. Trotzdem hatten sich bis zur Jahrtausendwende nicht nur die Rinder, sondern auch seine Schulden rasant vermehrt. Auf rund zwei Millionen D-Mark. Kaum Einnahmen. Viele Ausgaben, für Tierfutter und Anwaltshonorare.

Die zweite große Schlacht führte der Uria-Hof gegen die, wie Ernst Hermann Maier sie nennt, »Scheißplastikohrmarken«. Vorgeschrieben ist, dass jedes Rind links und rechts eine gelbe Marke in die Ohren

gestanzt bekommt. Die Behörden wollen so die Handelsströme der Fleischindustrie im Blick behalten und Tierseuchen wie BSE eindämmen.

Gut gemeint, findet Maier. Doch er ist überzeugt, einen besseren Platz für die Plastikplättchen gefunden zu haben. »Wir kaufen Ohrmarken für jedes Tier. Aber dann legen wir sie auf den Dachboden.« Dort verursachen sie den Rindern keinen Schmerz und können auch nicht ausreißen, was zu Verstümmelungen und Infektionen führen kann. Die Maiers markieren ihre Tiere stattdessen per Mikrochip. Ein Transponder-Stäbchen, etwa ein Zentimeter lang, wird jedem Kalb nach der Geburt links neben den Schwanzansatz unter die Haut injiziert. Die darauf gespeicherten Informationen lassen sich aus ein paar Zentimetern Entfernung mit einem Funklesegerät abrufen.

Wegen der Ohrmarkenweigerung ist der Uria-Hof seit Jahren von den EU-Agrarsubventionen, die bei vielen Landwirten ein Drittel oder mehr des Einkommens ausmachen, ausgeschlossen. Das Regierungspräsidium Tübingen, das in der Region über die Subventionen entscheidet, hat ihm schon mehrere 100.000 Euro an Förderung verwehrt. Doch die Maiers hielten Kurs: Keine Ohrmarken.

Dieser radikale Kurs führt sie nun geradewegs – in die Legalität. Wie schon das Schießen auf der Weide wird auch das Markieren der Rinder per Mikrochip statt Ohrmarken demnächst erlaubt. Am 21. April 2021 tritt die EU-Verordnung 2019/2035 in Kraft. Sie nimmt »Unternehmer geschlossener Betriebe« wie den Uria-Hof, der seine Rinder selbst schlachtet, von der Ohrmarkenpflicht aus.

Wieder haben die Maiers einen großen Kampf zu ihren Gunsten entschieden. Wieder haben sie teuer dafür bezahlen müssen. »Wir sind halt der Zeit ein bisschen voraus«, sagt Ernst Hermann Maier gelassen. »Und dann kriegst du Prügel. Das ist so.«

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Kollektiv, geht meistens schief...?

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

In diesem geflügeltem Wort der 80er Jahre steckte viel Selbstironie. Und ein Hinweis auf die mitunter große Differenz zwischen unseren hohen Ansprüchen und dem wirklich gelebten Alltag in der widerständigen Selbstverwaltung. Nachts aus Protest die Türschlösser von Tschibo-Läden (damals verbreitete Kaffeeläden) verkleben, jedoch tagsüber dort für wenige Groschen billig eine Tasse schlürfen. So widersprüchlich sah unser progressiver Alltag vor 35 Jahren durchaus verbreitet aus, wie das eher witzige Beispiel zeigt.

Diese Brüche, diese Gegensätze im Alltag sind uns bis heute erhalten geblieben, an vielen Stellen unserer Bemühungen, denn letztlich sind sie in einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft nicht zu vermeiden. In der Beratung von Projekt- und Hausgruppen, Initiativen und Kollektiven treten sie uns in diversen Erscheinungsformen gegenüber. Eines der vielfältigen Phänomene soll heute näher beleuchtet werden. Auch auf die Gefahr, dass die Kolumne dadurch wieder einmal die Rolle als »Mist-made« einnimmt.

Kaum zu übersehen und längst auch nicht nur bei länger existierenden

Gemeinschaften: der kontinuierliche Gruppenkern wird tendenziell kleiner, bei gleich bleibender oder sich sogar vergrößernden Anzahl von Mitgliedern in den Projektgruppen insgesamt. Der Einstieg in ein Kollektiv, die verlässliche bzw. verantwortliche Mitarbeit, wird längst nicht von allen Mitwirkenden gezielt angestrebt oder sogar eingefordert. So ergibt sich bereits beim Projektstart oftmals ein entsprechendes Bild: eine handvoll entschiedene Mitstreiter*innen werden mindestens von doppelt so vielen interessierten Satelliten umschwirrt... vielleicht, eventuell, zeitweise, mal schauen'...

Zu Beginn eines Vorhabens ist das durchaus erklärlich. Schließlich sind anfänglich hohe Risikobereitschaft bei noch unklarer Entwicklung und fraglichem Erfolg gefordert. Die Mutigen gehen voran. Doch diese dosierte Annäherung ist auch im weiteren Projektverlauf festzustellen und durchaus ein verbreiteter Normalfall in Gemeinschaftsunternehmungen. Analog zum Gemeinschaftessen: »Wenige wollen rühren, aber viele wollen löffeln«, so der lakonische Erfahrungsgrundsatz erfahrener

Kollektivist*innen. Alle sind gleichberechtigt, alle entscheiden mit, alle tragen zusammen die Konsequenzen? Wie passen die erkennbaren Unterschiede beim Mitwirken zu basisdemokratischen Idealen?

Häufig arbeiten in Betrieben sehr wenige Kollektivist*innen mit mehrheitlich zeit- und teilweisen Mitarbeiter*innen; wird das gemeinsame Wohnen lediglich von einem Rest-Hausrat organisiert; geht Initiative in Projektgruppen stets von denselben Mitgliedern aus, um nur einige Praxisbeispiele anzudeuten. Und in sehr extremen Fällen stehen nur noch einzelne Aktive hinter einem öffentlich gehandelten Projektnamen.

Für dieses Phänomen gibt es viele Erklärungen und auch sehr akzeptable Gründe. Über einige haben wir in vorangehenden Kolumnen bereits berichtet: Multitasking, mangelnde fachliche Kompetenz, Begrenzung bei persönlicher Einlassung, keine Festlegung bei der Lebensgestaltung, solidarische Verantwortung wurde nicht gelernt und vieles Andere mehr.

Andererseits werden zum Beispiel Mitstreiter*innen in Kollektiven auch nur bedarfs- oder zeitweise benötigt, reicht es ökonomisch nicht für eine Vergrößerung und ist eine Einigung bereits in kleinster Runde schwierig genug. Auch mögliche Folgen haben wir wiederholt dargestellt: unter anderem Hierarchisierung, ungleiche Verantwortungs- und Arbeitsteilung, Entscheidungsschwächen, Entwicklungsstillstand und ungleicher Einfluss auf Entscheidungen.

Kein Wunder also, dass diese Kolumne auch nach Jahrzehnten nicht die Zauberformel für einen Umgang mit dieser Situation liefern kann. Allerdings wollen wir sie dazu nutzen, um zu Mut und Ehrlichkeit zu ermuntern, darüber zu sprechen, diese Unterschiede mit allen Konsequenzen anzuerkennen. Und nicht darüber hinwegzugehen, als ob alle gleich beteiligt, gleich eingebunden und gleich berechtigt sind. Auch wenn wir es gerne so hätten. Es hilft nicht, diese unangenehme und unbequeme Situation schön- oder wegzureden, nach innen und außen. Aber es hilft, unsere Projektstrukturen vor diesem Hintergrund entsprechend zu gestalten und strukturell auszurichten. Das können wir tatsächlich tun!

Willi Schwarz

PORTRÄT

» Friedensarbeit braucht einen langen Atem «

Die 72-jährige Lies Welker stand am 9. Dezember wegen Hausfriedensbruchs vor Gericht. Sie hatte auf dem deutschen Militärgelände protestiert, wo die US-Atomwaffen lagern – nicht ihre erste Aktion. Sie ist davon überzeugt, dass Geduld und ziviler Ungehorsam viel bewegen können.

HELMUT SCHEBEN, ZÜRICH

Lies Welker ist Jahrgang 1948. Sie sagt: »Sehen Sie, selbst mit über 70 ist das immer noch etwas, das gut tut. Ein Go-In ist etwas Verbotenes, und ich habe lange darüber nachgedacht, mit anderen darüber gesprochen, Argumente hin und her erwogen und bin zu der Überzeugung gekommen: Ich missachte das Verbot, ich mache das jetzt, weil ich es für richtig halte und weil es meine Pflicht ist.«

Lies Welker kämpft seit Jahrzehnten dafür, dass Deutschland frei von Atomwaffen wird. Am 30. April 2019 hatte sie am Fliegerhorst Büchel in der Eifel zusammen mit anderen Friedensaktivist*innen eine Einzäunung zerschnitten und war auf das Gelände vorgedrungen. So behinderten sie den Betrieb des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 der Bundeswehr. Dieses hat im sogenannten Ernstfall die Aufgabe, die US-Atombomben dort abzuwerfen, wo die NATO-Führung den Feind treffen will. Das wird im NATO-Diskurs als »nukleare Teilhabe« Deutschlands bezeichnet.

Am vergangenen 9. Dezember stand Lies Welker wegen Hausfriedensbruchs vor dem Amtsgericht Cochem an der Mosel. Man warf ihr vor, auf einem Gelände, wo der Atomkrieg eingeübt wird, den Frieden gebrochen zu haben.

Auf dem Luftwaffen-Stützpunkt Büchel, Landkreis Cochem-Zell, Rheinland-Pfalz, liegen 20 Nuklearsprengköpfe vom Typ B-61, jeder mit einer Sprengkraft von etwa 50 Kilotonnen. Das ist etwa viermal die Zerstörungskraft der Bombe, die die USA auf Hiroshima warfen. Die Luftwaffe bildet hier Jagdbomber-Pilot*innen für den Einsatz mit taktischen Atomwaffen aus.

»Stellen Sie sich vor, Sie gehen auf einen Zaun zu«, sagt Lies Welker, »und da oben steht ein Soldat, der sagt: Gehen Sie nicht weiter, das ist verboten. Und ich bin so überzeugt von meiner Sache, dass ich sage: Nein. Wir gehen jetzt hier rein, gewaltlos, wir tun es. Das ist eine Erfahrung, aus der man eine große Kraft zieht.«

Lies Welker sagt, sie habe in ihrem Leben gelernt, dass Menschen, auch wenn sie am Anfang wenige sind, mit Aktionen zivilen Ungehorsams viel bewegen können. Eine enorm wichtige Lektion, die ihr gezeigt habe, dass »wir mit unserer Geduld und dadurch, dass wir immer mehr werden, Justiz



▲ Durch diese Zaunöffnung konnte Lies Welker mit der Gruppe »Büchel 17« den Atomwaffenstandort Büchel betreten.

Foto: Büchel 17

und Politik und die Medien dazu bringen können, ihre Einstellung zu diesen Atomwaffen zu ändern.«

1986 blockierte die damals 38-jährige Lehrerin Lies Welker zusammen mit Friedensaktivist*innen die Zufahrt zur Wüschheim Air Station (Deckname Pydna) bei Hasselbach im Hunsrück. Dort sollten zur Umsetzung des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses US-Atomraketen stationiert werden, die mit 2.500 Kilometern Reichweite das Ziel Moskau erreichen konnten. Der Rüstungsbeschluss der deutschen Regierung war heftig umstritten und rief einen politischen Aufruhr hervor, wie es in der deutschen Nachkriegsgeschichte wohl wenige gegeben hat. Zunächst waren es nur kleine Gruppen von Friedensaktivist*innen, die an der Zufahrt zu dem Stützpunkt demonstrierten. Sie hatten Plakate mit der Aufschrift: »Hier wird Krieg vorbereitet.« Bald hatten sie die umliegenden Gemeinden hinter sich, und im Herbst 1986 kam es zu einer Protestkundgebung von rund 200.000 Menschen. Bekannte Künstler wie Udo Lindenberg und Hannes Wader waren zu hören, als damals die »Hunsrücker Erklärung« verlesen wurde, die eine Umkehr in der Sicherheitspolitik forderte.

Widerstand war keine Straftat

Lies Welker wurde damals wegen »verwerflicher Nötigung« in erster Instanz zu 30 Tagessätzen verurteilt. 1988 wurde sie am Landgericht Bad Kreuznach freigesprochen. Im gleichen Jahr hob das Oberlandesgericht Koblenz das Urteil auf, und das Landgericht Mainz verurteilte sie erneut zu 30 Tagessätzen à 40 DM. Dieses Urteil wurde 1999 endgültig aufgehoben. Lies Welker bekam ihr Geld zurück, und der Vermerk wurde aus ihren Berufsakten entfernt. Das Bundesverfassungsgericht war zu dem Schluss gekommen, dass der gewaltlose Widerstand der Friedensaktivist*innen in den 80er Jahren an verschiedenen Orten in Deutschland keine Straftat war. Die Cruise Missiles (dt. Marschflugkörper) sind inzwischen abgezogen und verschrottet worden.

Lies Welker beruft sich auf diese mühevollen Erfahrung, wenn sie sagt, sie vertraue auf Recht und Gesetz.

Vor zwei Wochen erklärte sie vor dem Richter in Cochem: »Die Justiz brauchte lange, diesen Weg zu gehen. Aber es gibt ihn, diesen Weg, das habe ich vor 30 Jahren gelernt. Ich habe nicht nur Vertrauen in die Einsichtsfähigkeit der Justiz, sondern auch in die Einsichtsfähigkeit der Politik.«

Aber der Richter hatte kein Einsehen. Er ist der Ansicht, das Vorhandensein von Atombomben auf einer Air Base sei nichts anderes als das Vorhandensein einer Schere in einem Haushalt. Beide könnte man sowohl für nützliche und legale als auch für kriminelle Handlungen verwenden.

Alle Wege führen in die Kindheit, eine Erkenntnis, die oft erst zutage tritt, wenn man im Alter zurückblickt. »Ich bin in Kaiserslautern auf dem Weg zur Schule noch durch Ruinen gelaufen«, sagt Lies Welker, »ich bin geboren, da war der Krieg gerade drei Jahre vorbei.«

Sie sagt, sie stamme aus einer Familie, in der die Männer Militärs und Nazis waren. Einer Familie mit eher autoritären Zügen. Über die Gefallenen wurde wenig geredet. Die kulturellen Schockwellen von 1968 erfassten Lies Welker wie viele andere. Da war ein Unwohlsein in diesem Deutschland der neuen Biederkeit und des neuen Obrigkeitsdenkens. Sie bewarb sich um eine Stelle in Brasilien, um Abstand zu gewinnen und »Deutschland von aussen zu sehen«. In Brasilien arbeitete sie drei Jahre, und als sie zurückkam, sah sie, dass der Kalte Krieg unaufhörlich eskalierte. Das atomare Wettrüsten führte dazu, dass die Welt ein paar Mal haar-scharf an einer nuklearen Katastrophe vorbei schlitterte.

Friedensarbeit braucht einen langen Atem, davon ist Lies Welker überzeugt. »Wir haben zwei Papp-teller zusammengeklebt, die waren mit Schotter gefüllt, sodass es knirschte, wenn man drauftrat. Die haben wir dann in der Fußgängerzone ausgelegt. Dazu Flugblätter verteilt mit dem Aufruf, Landminen zu verbieten.«

In den Industrieländern, in denen die Rüstungsbranche ökonomisch systemrelevant ist, muss einen breiten Rücken haben, wer für Abrüstung auf die Straße geht. »Dann geht doch nach Moskau«, war zu hören. Lies Welker sagt: »Wenn wir auf die

Straße gingen, waren wir so eine Art Reinigungsgruppe. Die Leute konnten sich bei uns auskotzen und ihre Wut rauslassen. Das war etwas frustrierend.«

Aber es war erfolgreich. 1997 wurde in der Ottawa-Konvention der Gebrauch von Anti-Personen-Minen völkerrechtlich bindend verboten. Bereits sind 164 Staaten weltweit dieser Konvention beigetreten. Die internationale Kampagne gegen Landminen erhielt den Friedensnobelpreis.

Ähnlich die Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen (ICAN). Diese Kampagne, hinter der weltweit 500 Organisationen stehen, bekam 2017 den Friedensnobelpreis, und am 22. Januar 2021 trat der UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Kraft. »Ein Sieg für die Menschheit« schrieb IKRK-Präsident Peter Maurer. Und UNO-Generalsekretär Antonio Guterres meinte, der Vertrag sei ein Schritt hin zu einer »kompletten Elimination von Nuklearwaffen«.

»Lachende, junge, uniformierte Männer«

Aber so weit sind wir noch lange nicht. Der Vertrag hat vor allem Symbolkraft, denn die Länder, die ihn unterzeichnet und ratifiziert haben, besitzen gar keine Atomwaffen. Die Atommächte, die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea sind nicht an Bord, ebenso nicht Deutschland und die anderen NATO-Staaten, weil die nukleare Abschreckung zur Strategie des Bündnisses zählt. Zur Zeit ist unklar, ob der START-Vertrag zwischen Russland und den USA, der die Zahl der Atomsprengköpfe begrenzt, verlängert wird.

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat im April 2020 angekündigt, sie werde beim US-Hersteller Boeing 45 Kampffjets kaufen, um die deutschen Tornados zu ersetzen. 30 der neuen Kampfbomber sind F-18 Superhornet, die mit den in Büchel gelagerten US-Atomsprengköpfen bestückt werden sollen.

Die USA haben unter Präsident Obama beschlossen, das nukleare Arsenal zu modernisieren, ein sogenanntes »Updating«. Dafür sind mehr

als 1.000 Milliarden Dollar für die kommenden 30 Jahre budgetiert. Das Pentagon hat unter der Regierung Trump in einem Bericht »zur Überprüfung der nuklearen Situation« verlauten lassen, man arbeite an Atombomben mit geringerer Sprengkraft, sogenannten Mini-Nukes. Diese seien zur Abschreckung eher geeignet, denn man müsse davon ausgehen, dass Russland womöglich darauf setze, dass die USA die strategischen Atomwaffen mit ihrer gigantischen Zerstörungskraft nicht wirklich einsetzen wollten. Das heißt, ein »kleiner Atomkrieg« wird als eine effizientere Strategie der Abschreckung angesehen.

Lies Welker sagt, es habe nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein kurzes Zeitfenster gegeben, in dem man die Hoffnung hatte, Atomwaffen könnten abgeschafft werden und der Albtraum Hiroshima kehre nicht wieder. Aber dieses Zeitfenster habe sich nun wieder geschlossen.

Vor Gericht sagte sie am 9. Dezember, sie habe am 30. April 2019, als sie mit ihrer Gruppe auf dem Flugplatzgelände in Büchel war, eine Gruppe junger Offiziere gesehen: »Es schien für sie ein kleines Spektakel zu sein: eine Gruppe Aktivistinnen, festgehalten von den Wachsoldaten des Flugplatzes. Fröhlich standen sie zusammen und kommentierten das Geschehen untereinander. Dieses Bild erinnerte mich an die schwarz-weißen Fotos im Fotoalbum meines Vaters: lauter lachende, junge, uniformierte Männer (...). Für mich habe ich den Eindruck mitgenommen, dass ich diesen jungen Männern keine Atomwaffe anvertrauen würde. Sie können diese Verantwortung nicht tragen. Keiner kann sie tragen. Und ich denke, dass auch unsere Regierung nicht recht daran tut, diesen jungen Menschen Verantwortung für Atomwaffen aufzuladen. Unsere demokratisch gewählte Regierung müsste die Verantwortung, die auch sie im Zweifelsfall nicht tragen kann, zurücknehmen. Und den Abzug der Atomwaffen aus Büchel veranlassen. Und auf ihre Vernichtung hinarbeiten.«

Der Richter sah das nicht so. Er verurteilte die Frau wegen Hausfriedensbruchs zu einer Strafe von 30 Tagessätzen. Lies Welker wird an die nächsthöheren Instanzen gelangen. Sie hofft, dass es nicht wieder zwölf Jahre dauert, bis sie freigesprochen wird.

Dieser Text ist zuerst erschienen in der Online-Zeitung »Infosperber« der gemeinnützigen »Schweizerischen Stiftung zur Förderung unabhängiger Information«.

Link: <https://www.infosperber.ch/freiheit-recht/buergerrechte/hausfriedensbruch-im-atombombenlager/>



▲ Lies Welker

Foto: Privat

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Söldnerische Hände mit ausländischen Indigenen: Genozid in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

DIE PARISER COMMUNE IN DER LITERATUR

» Die Zeit der Kirschen «

Am 18. März jährt sich zum 150. Mal der Aufstand der Pariser Commune. Die Commune ist eines der großen Ereignisse der linken Geschichte, deren Mythos die unterschiedlichen Strömungen von Räte*demokrat*innen, Kommunist*innen, Feminist*innen und Anarchist*innen bis heute beflügelt. Aus diesem Anlass erscheinen derzeit viele Neuauflagen und Übersetzungen zur »roten Jungfrau« Louise Michel, eine der Galionsfiguren der Commune, und über die Geschichte der Commune.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Ähnlich wie die kurzzeitige bayrische Räteregierung kann die Pariser Commune auch als Literat*innen-revolution gelesen werden. Viele bekannte Autor*innen nahmen an ihr teil (zum Beispiel Jules Vallès, Arthur Rimbaud) oder ließen sich von ihr inspirieren (zum Beispiel Victor Hugo). Arno Münster unterteilte in »Das Thema der Revolte im Werk von Jules Vallès« die Commune-Literatur in drei Gattungen: Lyrik, Drama und Roman.

Vielleicht ließen sich auch noch die Chansons als vierte Gattung hinzufügen. Man denke nur an Jean Baptiste Clément (»Le Temps des Cerises«, dtsh. »Die Zeit der Kirschen«), der unter anderem von Yves Montand, Nana Mouskouri und Noir Desir gecover wurde.

Im Jahr 1971 erschien in Frankreich gar ein Buchtitel, der sich dem Wirken der Dichter*innen in jener Revolte widmete, »Les Poètes de la Commune«. Es wurde von Maurice Choury zusammengestellt. In deutscher Sprache liegen zwar eine Reihe von biographischen Studien zum Beispiel über Louise Michel sowie Dokumentensammlungen und Studien vor, aber die primär literarischen Erzeugnisse über die Commune sind selten übersetzt.

In Bezug auf die Chansons veröffentlichte zum Beispiel der kommunistische Malik-Verlag bereits 1924 deutsche Übersetzungen der Chansons von Eugène Pottier und Joseph



▲ Straßenkunst in Montmartre: Louise Michel

Foto: Hinnosaar / flickr.com (CC)

Clément unter dem Titel »Französische Revolutionslieder. Aus der Zeit der Pariser Commune« (Nachdruck: 1981). Generell bildete das Thema ein wichtiges Sujet für Arbeiter*innenlieder in Deutschland bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Beispiele hierfür finden sich in der von Bernd Witte herausgegeben Studie »Deutsche Arbeiterliteratur von den Anfängen bis 1914«.

Neben den Chansons haben aber auch die Gedichte von Victor Hugo (»Viro Major — An Louise Michel«) oder Arthur Rimbaud (»Die Toten«, »Die Hände Jeanne-Maries«) Eingang

in den deutschen Buchmarkt gefunden – nicht als eigene Veröffentlichungen, aber immerhin in diverse Gedichtsammlungen. Eine kleine Auswahl poetischer Versuche über die Commune findet sich in dem von Bernd Kramer zusammengestellten Werk »Louise Michel und die Commune von Paris«.

Von den autobiographischen Romanen ist im deutschsprachigen Raum vor allem der dritte Teil von Jules Vallès' Trilogie »Jacques Vingtras« – »L'Insurgé — 1871« (diverse deutsche Titel: »Die Revolte«, »Der Auführer«, »Geschichte eines Insurgenten«) –

bekannt. Er widmete diesen unvollendet gebliebenen Roman »den Toten der Commune«. Vallès war Anhänger Proudhons, Journalist und Weggefährte Louise Michels. Nach der Niederschlagung der Commune ging er ins Exil nach England und verarbeitete in einem (bislang) nicht übersetzten Drama und seinem oben genannten Roman seine Erfahrungen in der Commune. In französischen Schulen galt dieses Werk lange Zeit als Pflichtlektüre, während sowohl in der BRD als auch in der DDR dieses Buch ungerechtfertigterweise nur ein Schattendasein führte.

Es gab aber auch eine deutschsprachige Adoption der Thematik. Die bekannteste hiervon ist Bertolt Brechts 1962 uraufgeführtes Drama »Die Tage der Commune«, ein Parabelstück von 1949. Brecht hat in der Geschichte von der fiktiven Familie Cabet wesentliche Aspekte der Commune – wie das Thema Wahlen des Zentralkomitees – aufgegriffen und kommentiert. Als Inspiration diente ihm Nordahl Griegs »Die Niederlage«, ein norwegisches Drama aus dem Jahr 1937. Aus dem Brecht'schen Drama stammt auch der Text »Resolution«, der unter anderem von der Rostocker Punkband »Dritte Wahl« adoptiert wurde.

Eine weniger bekannte Adoption der Geschichte der Commune stellt der Roman »Fanal Paris« von Ferdinand May dar, der anlässlich des 100. Geburtstages der Commune im Verlag Neues Leben erschien. In seinem Roman, der die Vorgeschichte und Geschichte der Commune behandelt, tauchen unter anderem die Kommunardin Louise Michel, der Maler Gustave Courbet, der Autor Victor Hugo und der Anarchist Pierre Joseph Proudhon auf. Ferdinand May, ein gelernter Möbelhändler, avancierte in der DDR zum Schreiber von einfach-gestrickten Historienromanen – zum Beispiel über den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (»Heinrich Crossmanns große Fahrt«) oder die französische Revolution (»Der Freund der Sansculotten«).

Weiterhin hat sich die österreichische Politrockband »Die Schmetterlinge« dem Thema gewidmet. Im Rahmen des Doppelalbums »Proletenpassion« (1976) handeln sie auch die Geschichte der Commune ab – unter anderem mit der Hommage für die Kommunardinnen »Die Frauen der Commune«. Letzteres ist ein redundant auftauchendes Thema in der Literatur über die Commune.

In diesem Sinne – viel Spaß bei der Lektüre und beim Hören.

Siehe zu diesem Thema auch die Rezension zu Louise Michels »Die Pariser Commune« auf Seite 15.

ANZEIGE

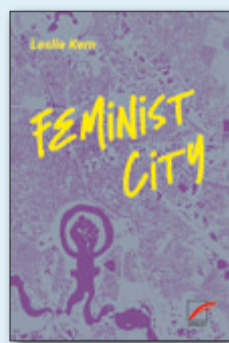


Verónica Gago
Für eine feministische Internationale
Wie wir alles verändern
288 Seiten | 18 €
ISBN 978-3-89771-335-2

Von #NiUnaMenos zum internationalen Frauen*streik – ein ermächtiges feministisches Konzept

Verónica Gago, eine der wichtigsten Vertreterinnen der lateinamerikanischen Frauenbewegung, entwirft in diesem Buch ein radikales Konzept feministischer Handlungsmacht (»potencia«) und eine neue Theorie, die den brennenden Wunsch widerspiegelt, alles zu verändern. Basierend auf den eigenen reichhaltigen Erfahrungen der Autorin in radikalen Bewegungen und aktuellen Debatten der feministischen und marxistischen Theorie, ist *Für eine feministische Internationale* nicht nur fesselnde politische Analyse und aktivistisches Manifest zugleich, sondern auch ein eindringlicher Appell, die Rhetorik der Viktimisierung aufzugeben und stattdessen sowohl die neoliberale Herrschaft als auch die konservative Gegenoffensive frontal herauszufordern.

UNRAST – Neuerscheinungen



Leslie Kern
Feminist City
Wie Frauen die Stadt erleben
192 Seiten | 14,80 €
ISBN 978-3-89771-332-1

Feminismus und Stadtgeografie: Für eine Stadt der Frauen

Die Stadt ist ein ständiger Schauplatz des Kampfes zwischen den Geschlechtern. Feministische Fragen nach Sicherheit und Angst, bezahlter und unbezahlter Arbeit, Rechten und Repräsentation demontieren das, was wir für selbstverständlich halten und über Städte und Freiräume zu wissen glauben. Mit *Feminist City* kartiert Leslie Kern die Stadt aus neuen Blickwinkeln. Sie schreibt über die Freuden und Gefahren des Alleinseins, widmet sich Themen wie Angst, Freundschaft und Aktivismus. Sie entwirft einen feministischen Ansatz, mit dem Städte neu betrachtet werden können.

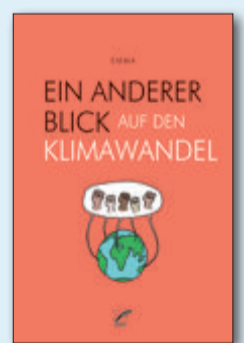
Blu Doppe & Daniel Holtermann (Hg.)
Vom Scheitern, Zweifeln und Ändern
Kritische Reflexionen von Männlichkeiten



15 Perspektiven auf das komplexe Thema »Männlichkeiten«: von analytisch-abstrakt bis biografisch-persönlich

Die derzeitigen Ausformungen der Männlichkeiten spielen eine zentrale Rolle bei der Entstehung wie auch der Beständigkeit von Patriarchat, Sexismus und geschlechtlichen Ungleichheiten auf strukturellen Ebenen. Der vorliegende Sammelband nähert sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven. Zentrales Anliegen ist, aufzuzeigen, wo und wie geschlechtliche Machtstrukturen offensichtlich und subtil fortbestehen, selbst wenn die involvierten Personen ein ernsthaftes Interesse daran haben, sie abzubauen.

Emma
Ein anderer Blick auf den Klimawandel



96 Seiten | B5 | 14,80 €
ISBN 978-3-89771-297-3

Kluger und witziger Comic darüber, was wir angesichts des Klimawandels tun müssen

Stimmt es wirklich, dass jede*r einzelne etwas gegen den Klimawandel tun kann, indem er*sie auf Plastikstrohhalm verzichtet, kürzer duscht und den Müll recycelt?

Die französische Zeichnerin, Feministin und Aktivistin Emma kommt zu einem anderen Schluss. Mit Ironie und Biss erzählt sie die Geschichte des Klimawandels: von James Watts Dampfmaschine bis zu den heutigen engen Verflechtungen von Politik und Wirtschaft. »Ich hatte das Gefühl, dass es eine Lücke im Diskurs gibt«, schreibt Emma, die in ihrem neuen Band schwierige Zusammenhänge griffig und auf verständliche Weise erklärt und Politik und Unternehmen detailschärf seziert. Das ist weder versöhnlich noch angenehm, doch Emma skizziert auch einen Ausweg: nicht die falschen, sondern die richtigen Dinge verändern!

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de

WISSENSCHAFT & LEHRE

Genossenschaft und die unvollendete Moderne

Frank Schulz-Nieswandt (62) ist Leiter des Seminars für Genossenschaften an der Universität zu Köln. Seine gesellschaftstheoretischen Texte werden in der alternativen Genossenschaftsbewegung kaum rezipiert. Das mag an ihrem widerspenstigen Auftritt liegen. Wir trafen uns per Video und sprachen über den Genossenschaftsgedanken und den Rückgang der genossenschaftlichen Forschungsinstitute in Deutschland.

HANNO BÖHLE,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Frank Schulz-Nieswandt kommt aus dem sozialdemokratischen Industrieproletariat des Ruhrgebiets. »Eigentlich immer schon« sei die 55- bis 60-Stundenwoche sein Alltag. Bildung war für ihn die Flucht aus der Armut, sagt er. In Köln ist er nicht nur Institutsleiter, sondern auch Professor für Sozialpolitik, ehrenamtlicher Vorstand des Kuratoriums Deutsche Altershilfe und Honorarprofessor für Pflegewissenschaften an der theologisch-philosophischen Fakultät.



▲ Frank Schulz-Nieswandt

Foto: Lisa Beller

Eine verschollene Wirtschaftslehre

Schulz-Nieswandt hat sein Denken in der sogenannten Georg-Weissner-Schule gelernt, dem Genossenschaftsinstitut in Köln. Eine zentrale Rolle spielte hier die Lehre von der Gemeinwirtschaft und der »Unternehmenstypenvielfalt«. Hinter diesem Begriff steckt die gewissermaßen triviale, aber heute gar nicht selbstverständliche Perspektive, dass es neben der Privatwirtschaft einerseits und dem Staat andererseits eine große Vielfalt von Unternehmungen gibt: Genossenschaften, frei-gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Stiftungen, Vereine und so weiter. Und auch »der Staat gliedert sich auf in Kommunen, Anstalten des öffentlichen Rechts, Länder, Bund und so fort.

Alle diese Unternehmungen haben ihre eigenwilligen Funktionsweisen und sind dabei nicht selten vergemeinschaftet und/oder demokratisch verwaltet. »Aber man lehrt an den Universitäten nur Privatwirtschaftslehre«, sagt Schulz-Nieswandt. Dabei gibt es viel an die Studierenden heranzutragen.

Nach Schulz-Nieswandt ist etwas »Genossenschaftsartiges« in vielen bestehenden Institutionen der Gegenwart bereits angelegt – nicht nur in Unternehmen: Selbstorganisierte Gruppen, Nachbarschaften, Gemein-

den und staatliche Einrichtungen können »genossenschaftsartig« sein, nämlich dort, wo es um die selbstverwaltete Deckung des Bedarfs der Mitglieder auf Gegenseitigkeit geht.

So ist beispielsweise ein, den persönlichen finanziellen Umständen entsprechend wählbarer, Beitrag für das Gemüse einer Solidarischen Landwirtschaft eine Ausprägung genossenschaftlicher, solidarischer Gegenseitigkeitshilfe. Aber auch das ausgleichende und bedarfsorientierte System der Krankenkassen ist genossenschaftsartig: »Die Krankenkassen sind heute der intensivste Umverteilungstopf: Wer mehr verdient, zahlt relativ viel ein – und ist zudem meist eher gesund –, wer weniger verdient, zahlt weniger ein. Das kann sich später im Leben ausgleichen, aber es gibt Netto-Zahler und Netto-Empfänger. Das ist Bedarfsdeckung auf Gegenseitigkeit und im Grunde eine solidarische Zwangsgenossenschaft.«

Und was nicht jede*r weiß: Auch Krankenkassen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts in Selbstverwaltung. Bei den sogenannten Sozialwahlen können alle Versicherten Vertreter*innen in den Verwaltungsrat wählen, welcher über die Anliegen der Kasse mitbestimmt. Nun lässt sich im Detail darüber streiten, wie

demokratisch Krankenkassen, Vereine und eingetragene Genossenschaften in der Praxis funktionieren. Was aber bei Schulz-Nieswandts Betrachtungen aufgeht, ist der Blick darauf, wo etwas »Genossenschaftsartiges« in unserer Gesellschaft bereits existiert, wo es in Ansätzen angelegt ist, wo es vielleicht im Rückgang begriffen ist oder wo es neu aufkeimen kann.

Freie persönliche Entfaltung im gelingenden Miteinander

Bei alledem gehe es darum – und hier steigen wir in die philosophische Auseinandersetzung ein – die »unvollendete Moderne« weiter voranzubringen. »1789 ist noch nicht Realität geworden. Die Französische Revolution hatte ja drei Werte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Das Ziel ist die Freiheit. Solidarität ist die Voraussetzung für die gleiche Chance aller, sich frei zu entfalten. Genossenschaft ist eine Idee der Freiheit des Menschen, aber diese Freiheit muss geordnet werden in einem guten Miteinander. Das ist das kooperative Menschenbild.«

Das »Genossenschaftliche« – die kooperative, freie persönliche Entfaltung in gelingendem Miteinander – ist bei Schulz-Nieswandt ein im Menschen angelegtes Potential, das

aber aktiv herausgebildet werden muss, um sich zu verwirklichen: »Ich bin meinem Wesen nach ein freies, sittliches Wesen. Aber ich muss dazu auch werden. Das ist eine Frage der Erziehung, der Sozialisation, des gelingenden Aufwachsens.«

Den Gedanken der Person-Werdung bezieht Schulz-Nieswandt sowohl auf die individuelle wie auf eine historisch-zivilisatorische Ebene:

»Der religiöse Sozialist Paul Tillich hat das mal so gesagt: »Das Telos der Weltgeschichte ist die Personalisierung.« Geschichte ist der Ort wo der Mensch zu immer höheren Stufen des Erfülltseins, des Gelingens, des Miteinander streben sollte. Das ist diese Metaphysik der Geschichte. Es gibt da die extreme Utopie. Die Realität ist natürlich immer in einer Kluft dazu. Und die Aufgabe wird sein, diese Kluft zu verringern, Schritt für Schritt. Das heißt ganz fundamental: Die Genossenschaftsidee so weit wie möglich vorantreiben, sie nicht verkommen zu lassen, immer wieder kollektiv daran zu erinnern, dass das eine Lösungsmöglichkeit ist. Aber realistisch bleiben: Wir sind doch nicht 2021 fähig, die Welt zur Genossenschaft zu machen. Da maßen wir uns etwas an. Aber wir müssen diese Utopie vorantreiben.«

»Man hat zum Beispiel ein Recht auf Wohnen, das gehört mit zur Daseinsvorsorge. Wir könnten uns mal überlegen, ob wir ganze Sektoren aus dem Markt rausnehmen: zum Beispiel das Gesundheits- und Pflegewesen nur in staatliche und frei-gemeinnützige Hand. Das widerspricht heutigem Wettbewerbsrecht, aber wenn die Mehrheit will, kann man auch solche Gesetze ändern. Im Burgenland wurde per Gesetz beschlossen – mit einer Übergangszeit von fünf Jahren –, dass öffentliche Aufgaben im Sozial- und Pflegektor nur noch an gemeinnützige Unternehmen vergeben werden. Die werden wahrscheinlich verfassungsrechtlich und auch europaverfassungsrechtlich nicht durchkommen, aber ich finde das toll, das mal anzudenken.«

»Man kann die Soziale Marktwirtschaft so weiterdenken, dass man in manchen Bereichen gemeinwirtschaftlichen Formen fördert und dominieren lässt. Wenn man so will ist das die freiheitlich-sozialistische Variante der Sozialen Marktwirtschaft.«

Rückgang der Genossenschaftsinstitute

An den Universitäten wird der Raum für derartige Perspektiven auf Gesellschaft und Wirtschaft aber eher kleiner: »Die meisten Genossenschaftsinstitute haben Direktoren, die jetzt emeritieren und danach sterben diese Institute, die Fakultäten schaffen sie ab. Das gleiche gilt für die öffentliche Wirtschaft. Die Universitäten besetzen Lehrstühle nicht mehr dominant mit Themen, sondern holen sich die besten Köpfe international und die am besten methodisch ausgebildeten. Und damit gehen solche Themenschwerpunkte verloren.«

Und es gibt keine guten Ansätze, um das zu verhindern? »Nein ich bin da etwas ernüchtert im Augenblick. Aber das kann auch wieder kippen. Ich bin '98 berufen worden und die Veranstaltungen für das Genossenschaftswesen waren damals ganz eng besetzt. Heute sind wir überlaufen. Das lag auch daran, dass wir diese Veranstaltungen anders genannt haben: Das hieß dann nicht mehr »Einführung in das Genossenschaftswesen«, sondern »Kooperatives Wirtschaften« oder »Solidarische Selbsthilfe im Entwicklungszusammenhang« oder »Sozialraum und Solidarität« – und plötzlich sind die Hörsäle voll!«

WISSENSCHAFTSPOLITIK

Keine Sicherstellung innovativer Genossenschaftslehre

Wer nach Strukturen der Genossenschaftswissenschaft in Deutschland sucht, stößt irgendwann auf die Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute e.V. (kurz AGI). Auf den ersten Blick ganz beeindruckend: 16 Institute im deutschsprachigen Raum, zehn davon sogar in der Bundesrepublik. Die meisten Institute in Deutschland sind aber nicht als Lehrstühle für das Genossenschaftswesen organisiert, sondern sogenannte An-Institute.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Als An-Institut werden »rechtlich selbständige Einrichtungen an [deut-

schen] Hochschulen, die zwar organisatorisch, personell und räumlich mit diesen verflochten sind, ohne jedoch einen integralen Bestandteil der jeweiligen Hochschule zu bilden« (Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung 2004). Sie sind meistens privatrechtlich organisiert. Das bedeutet im Umkehrschluss, dem Wissenschaftsministerium ist das Thema Genossenschaften von unwichtig, um dafür eigene Lehrstühle mit festem Budget zu institutionalisieren.

Entsprechend lässt der wissenschaftliche Output vieler Institute zu wünschen übrig. Wer dort unter Aktuelles sucht, sieht: Die wenigen Aktivitäten erfolgen meist über Dritt-

mittel. Die Institute müssen für ihre Forschung Ausschreibungen gewinnen. Ansonsten sind sie von den finanziellen Mitteln der Prüfungsverbände oder großer Genossenschaften im Bankenbereich abhängig. Engagierte Forschung und kritische Lehre für modernes Managements alter und neuer Genossenschaften wird so erheblich erschwert.

Erkennbar findet Forschung vor allem in den Instituten in Münster, Köln, Berlin und Stuttgart-Hohenheim statt. Entwicklungen im Bereich neuer Genossenschaftsansätze und ihrer Strukturen werden häufig vernachlässigt. Die Folge ist, dass erkenntnisbringende Untersuchungen zu Energiegenossenschaften, Solidarischer Landwirtschaft, gemein-

schaftlichen Wohnprojekten oder Entwicklungen der Grundsicherung im ländlichen Raum häufig anderswo durchgeführt werden.

Zu den wenigen wichtigen Ausnahmen gehört zurzeit das Forschungsprojekt »Teilgabe«. Die bürgerschaftliche, genossenschaftliche und sozialunternehmerische Schaffung und Gestaltung von gemeinwohlorientierter Versorgung« mit der Universität zu Köln (CONTRASTE berichtet in der Ausgabe Nr. 437 / Februar 2021). Hier stehen ausdrücklich neue genossenschaftsartige Ansätze im Fokus mit dem Ziel, am Ende des Projekts für deren Weiterentwicklung auch konkrete Unterstützung an die Hand zu geben.

Links:
www.agi-genoforschung.de
Projekt »Teilgabe«: <https://bit.ly/3qpEo0W>

ANZEIGE

Gemeinsam
die Welt
verbessern?
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumwiesenstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0

ÜBER DEN TELLERRAND

GEGEN REPRESSION, POLIZEIGEWALT UND KNAST

Heraus zum 15. und 18. März 2021

Die Kampagne »Gemeinschaftlicher Widerstand« ruft dazu auf, am 15. März, dem internationalen Tag gegen Polizeigewalt, und am 18. März, dem internationalen Tag der politischen Gefangenen, an Aktionen teilzunehmen oder auch selbst aktiv zu werden. Wir dokumentieren den ausführlichen Aufruf mit zahlreichen Beispielen staatlicher Repression der letzten Jahre:

Die staatliche Repression gegen linke und soziale Bewegungen nimmt seit Jahren zu und zeigt sich in Gesetzesverschärfungen, hohen Haftstrafen, zahlreichen Strafverfahren und brutalen Polizeieinsätzen. Davon betroffen sind Antifaschist*innen, Klimaaktivist*innen, feministische und anti-rassistische Aktivist*innen und viele andere, die die herrschenden Verhältnisse nicht hinnehmen wollen.

Ein Gipfel der Repression fand während des G20 im Jahr 2017 in Hamburg statt, als Demonstrationen von der Polizei auseinandergeprügelt und hunderte Menschen festgenommen wurden. Nach dem G20-Gipfel gab es über 3.500 Ermittlungsverfahren und bisher rund 260 Gerichtsverfahren. Auch knapp vier Jahre danach ist der Verfolgungswille der Hamburger Justiz ungebrochen. Anfang Dezember 2020 begann der erste Rondenbarg-Massenprozess gegen die fünf jüngsten Aktivist*innen, die 2017 gegen den G20 protestierten (CONTRASTE berichtete). (...)

Rassistische Polizeigewalt

Jeden Tag werden neue sogenannte »Einzelfälle« von Rassismus, Antisemitismus und rechten Netzwerken in den Behörden gemeldet. Rassistische Polizeigewalt und Kontrollen sind an der Tagesordnung. Regelmäßig sterben Menschen in Gewahrsam oder durch Polizeischüsse. Schwarze Menschen und People of Color haben ein besonders hohes Risiko, in staatlicher »Obhut« ihr Leben zu verlieren oder durch die Polizei getötet zu werden. Die Kampagne Death in Custody hat 179 Todesfälle von Schwarzen Menschen, People of Color und von Rassismus betroffenen Menschen in deutschem Gewahrsam seit 1990 gezählt. Die Täter*innen werden fast nie bestraft, stattdessen werden Opfer nach ihrem Tod kriminalisiert. Wir fordern die Aufklärung der Todesum-



▲ Als »Gefährder*in« in den Knast: Attac beteiligte sich an der Demonstration gegen das neue Polizeigesetz in NRW am 7. Juli 2018.

Foto: Herbert Sauerwein

stände in Gewahrsam und ein Ende von rassistischer Polizeigewalt!

Freiheit für Lina und Dy

Gleichzeitig greift der Staat die antifaschistische Bewegung an. Anfang Juli 2020 fand eine Repressionswelle in Baden-Württemberg statt. Von Juli bis Mitte Januar 2021 saß der Antifaschist Jo in Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft. Im November folgte die Inhaftierung des Antifaschisten Dy. Beiden wird vorgeworfen, an einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der faschistischen Scheingewerkschaft »Zentrum Automobil« im Mai am Rande einer Querdenken-Demonstration beteiligt gewesen zu sein. In Leipzig traf es Anfang November die Antifaschistin Lina. Ihr wird vorgeworfen, Teil einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 zu sein, deren Ziel es sein soll, »Angriffe gegen Personen der Rechten Szene durchzuführen«. Der Staat will mit der Repression die Delegitimierung und Kriminalisierung von antifaschistischem Aktivismus erreichen, doch das lassen wir nicht zu: Wir fordern die sofortige Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen!

Mit dem Vorwand einer Paragraph-129-Ermittlung lässt sich nahe-

zu jede Überwachungs- und Bespitzelungsmaßnahme begründen. Der Strafgesetzbuch-Paragraph ist ein Werkzeug für die Repressionsorgane, um linke Strukturen auszuspienieren und Aktivist*innen zu kriminalisieren. Insbesondere linke kurdische und türkische Aktivist*innen werden mit dem Paragraph 129b verfolgt. Dabei werden legale Tätigkeiten wie das Sammeln von Spenden und das Organisieren von Solidaritätskonzerten mit Gefängnisstrafen geahndet, wenn das Gericht der Meinung ist, dass es sich dabei um Aktivitäten für eine terroristische Organisation im Ausland handelt. (...) Seit 1993 besteht in Deutschland das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Seitdem gab es tausende von Strafverfahren, Razzien und auch Verurteilungen nach den Paragraphen 129. Aktuell stehen seit April 2019 fünf kurdische Aktivist*innen wegen der Paragraphen 129a/b in Stuttgart-Stammheim vor Gericht.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste

Der Knast ist das aktuell härteste Mittel des bürgerlichen Staates, Repression auszuüben. Vor allem Menschen, die vermehrt durch beispielsweise Racial Profiling ins

Visier der Polizei geraten oder die von Vertreibung von öffentlichen Plätzen betroffen sind, wie zum Beispiel Drogennutzer*innen und Obdachlose, geraten in Gefahr durch drakonische Strafurteile in den Knast gesteckt zu werden. Für illegalisierte Menschen, deren bloße Präsenz in Deutschland kriminalisiert wird, gibt es zusätzlich noch Abschiebelager und Ankerzentren. Dort sind sie der Willkür der Wärter*innen ausgeliefert und werden teils in den Suizid getrieben.

Mit der Drohung aus dem Alltag gerissen und stigmatisiert zu werden, sollen auch linke Aktivist*innen eingeschüchert und gezwungen werden, sich in den vorgesehenen normativen Bahnen zu bewegen. Die betroffenen Individuen sollen isoliert werden und als Exempel für die Herrschaftssicherung herhalten. Die von Gerichten vermehrt ausgesprochenen Haftstrafen der letzten Zeit stellen eine Kampfansage der Klassenjustiz dar. Auch sollen wir als Bewegung entzweit werden in die »Guten« auf der einen Seite und die »Bösen« im Knast. Nicht mit uns! Schließen wir uns dagegen spektrumübergreifend und solidarisch zusammen. Denn nach wie vor gilt: »Getroffen hat es einige, gemeint sind wir alle!«

Hintergrund

Am 15. März ist der internationale Tag gegen Polizeigewalt. Seit 1997 wird der Tag zum Anlass genommen, in der breiten Öffentlichkeit auf das Thema Polizeigewalt aufmerksam zu machen, dagegen zu protestieren und der Todesopfer zu gedenken. Die anarchistische Gruppe »Black Flag« aus der Schweiz organisierte den Tag erstmalig als Reaktion auf den brutalen Übergriff der Schweizer Polizei am 15. März 1996 auf zwei Kinder im Alter von elf und zwölf Jahren.

Der 18. März wird seit fast 100 Jahren als Tag der politischen Gefangenen international begangen. Die Internationale Rote Hilfe erklärte den 18. März im Jahr 1923 zum »Internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen« und wollte damit an den Beginn der Pariser Kommune am 18. März 1871 und deren spätere Niederschlagung erinnern. Nach dem Faschismus gab es in der BRD erst wieder 1996 auf Initiative von Libertad! und der Roten Hilfe einen Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen. Seitdem finden jedes Jahr Veranstaltungen und Aktionen statt.

Quelle: <https://bit.ly/3dvQvWX>

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Politische Strafverteidigung mit dem rechtfertigenden Notstand

Eigentlich ist die Sache klar: »Beruft sich der Angeklagte auf Ausnahmeregelungen von einer Strafbarkeit (wie etwa Rechtfertigungs- und Schuld-ausschließungsgründe oder auf einen Rücktritt vom Versuch), muss das Gericht ihm nachweisen, dass diese Umstände nicht vorliegen. Ist das Gericht zu diesem Beweis nicht in der Lage, muss zu Gunsten des Angeklagten entschieden werden. Dies gilt auch für Umstände, die die Strafzumessung betreffen.« (aus Hasso Lieber, Leitfaden für Schöffen und Schöffen, 2008, S. 52). Doch die Praxis sieht meist anders aus. Gerichte verweigern jegliche Auseinandersetzung mit Rechtfertigungsgründen. Sie ahnen vermutlich, dass ein Eingehen auf Rechtfertigungen den Prozess deutlich komplizierter macht, viele politische Fragen aufwirft, Versagen von staatlichen Stellen und

Firmen ans Licht bringt und eine Verurteilung schwierig machen könnte. Denn der § 34 im Strafgesetzbuch (StGB) erlaubt quasi Straftaten, wenn mit diesen ein höherrangiges Ziel verfolgt wird, mildere Mittel nicht zu finden sind und die Handlung zumindest zum Ziel hätte führen können: »Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstrebenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.« Ein wichtiger Durchbruch war der Gerichtsentscheid des Oberlandesgerichts Naumburg am 24. April

2013. Die Revisionsinstanz zur Genfeldbefreiung in Gatersleben hob ein Urteil des Landgerichts Magdeburg auf und legte Kriterien für die Ablehnung des rechtfertigenden Notstandes fest. Wenig später sprach die offensichtlich lernfähige Magdeburger Strafkammer einige Tierrechtsaktivist*innen nach § 34 frei! Es macht folglich Sinn, bei Handlungen mit politischem Hintergrund das Verfahren auf diese Weise zu politisieren. Geplant ist eine solche Verteidigung bei dem in Kürze anstehenden Verfahren gegen Beteiligte an der VW-Blockade vom 13. August 2019. Der Prozess beginnt am 23. März 2021 um 11 Uhr am Amtsgericht Wolfsburg.

Wie entwickelt sich die Strafverteidigung?

Menschen mit Strafe bedrohen und auch tatsächlich bestrafen zu können, gehört zu den wichtigsten

Pfeilern eines jeden Herrschaftssystems. Folgerichtig braucht Widerstand gegen bestehende Verhältnisse Schutzmechanismen gegen Straforgane, die sonst eine jede soziale Bewegung schwächen würden. Daher sind Strafgesetze und ihre Auslegung stets umkämpft – und mit ihr auch die Möglichkeiten der Strafverteidigung. Jörg Arnold hat aktuelle »Entwicklungen der Strafverteidigung« in einem Sammelband zusammengetragen (2019, Lit in Berlin, 311 Seiten, 34,90 Euro). Besonders spannend ist das mittlere Kapitel um die Frage der Verknüpfungen juristischer Prozesse und politischer Positionen. Davor geht es vor allem um frühere Entwicklungen, danach um internationale Themen. Insgesamt sind alle Kapitel von einer bedauerlichen Ferne der realen Kämpfe in und um die Gerichtssäle geprägt. Die Praxis sieht oft sehr anders aus als die Debatten in Fachzeitschriften.

Lesenswert: Texte über Polizei, Gefängnisse und mehr

Thomas Meyer-Falk berichtet aus der JVA Freiburg, wie sich Corona auf den Alltag im Knast auswirkt: <https://de.indymedia.org/node/134880>

Aus Frankreich stammt ein Text, der die Möglichkeiten aufzeigt, wie ein soziales Miteinander und der Umgang mit übergriffigem Verhalten die Polizei überflüssig machen kann: <https://de.indymedia.org/node/135938>

Tipps für ein sicheres Smartphone: <https://bit.ly/3bbVFEV>

Das Bundesverfassungsgericht hat im Beschluss vom 1 BvR 1024/19 festgestellt, dass eine Schmähkritik nur dann vorliegt, wenn sie keinen Bezug mehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung hat. Beschlusstext und Leitsätze: <https://bit.ly/2Zr71Zf@EvaS>

Jörg Bergstedt



GRÜNDUNGSPROZESS

Wie eine neue Gruppe entsteht

Der Beschluss für ein gemeinsames Projekt, erste Schritte und Stolpersteine und die Integration von »anderen«. Unser Autor zeichnet abstrakt den Entstehungsprozess einer Gruppe nach und wirft dabei einige relevante Fragen auf..

JÜRGEN FELDMAIER, FREIBURG

Initiativen für Hausprojekte entstehen aus unterschiedlichsten Gründen. Dazu gehören oft auch konkrete Anlässe wie Kündigung von Mietverhältnissen oder ein bevorstehender Hausverkauf. In solchen Fällen wird das Mietverhältnis für die Bewohner*innen plötzlich zu einer existenziellen Belastung. Der Stress, der durch den drohenden Verlust der Wohnung entsteht, ist leicht vorstellbar.

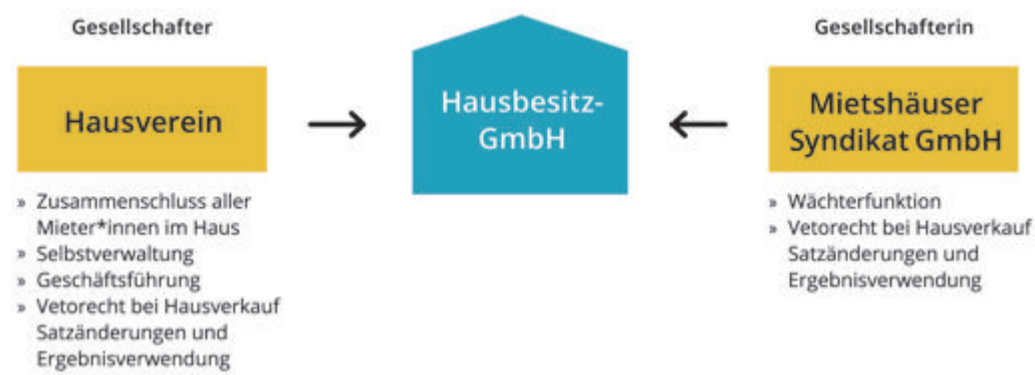
Manche Leute lernen auch über ihren Freundeskreis andere Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens oder Organisationsformen für Wohneigentum kennen und wünschen sich, in ähnlichen Gemeinschaften und anderen Bedingungen zu wohnen. Die Gründe für ein Hausprojekt können einerseits sehr persönlich sein, zum Beispiel bei der Frage nach Lebensbedingungen im Alter. Andererseits spielen oft auch Visionen einer anderen Gesellschaft und Kultur eine Rolle.

Bei allen gleichermaßen entscheidend ist der Zeitpunkt, an dem sie beschließen, ihre Wünsche und Vorstellungen aktiv und gemeinsam anzugehen. Das ist der erste gemeinsame Beschluss auf dem Weg zu einer neuen Wohn- und Eigentumsform.

Unterschiedliche Zukunftsentwürfe

Ein Projektprofil zu entwickeln, ist eine überaus anspruchsvolle und spannende Aufgabe, da an diesem Prozess viele Menschen mit unterschiedlichen Zukunftsentwürfen beteiligt sind. In der Ausmittlung der Interessen zeigt sich auch die Kompromissbereitschaft der Einzelnen.

Und wenn das Profil Gestalt annimmt, entsteht mit der positiven Ausgestaltung ein Konzept, in dem alle Beteiligten etwas Eigenes finden. Dabei können auch Aspekte, die zuerst als Defizit wahrgenommen werden, später auf dem Akzeptanzkonto als Gewinn verbucht werden.



Grafik: MHS

Hier geht es zum Beispiel auch um die Entwicklung eines Abstimmungsmodus, der konsensorientiert festgelegt wird. Neben den inhaltlichen Entwicklungswünschen werden auch Umgangsformen festgelegt, auf die sich alle Mitglieder beziehen können. Die Gruppenverkehrsordnung, die hier entsteht, erleichtert den formalen Ablauf von Lösungsfindungen und Entscheidungen. Beschlüsse, die gefasst werden, sind Bausteine der Projekt- und Gruppenentwicklung und geben zum Beispiel auch Neueinsteigenden die notwendige Orientierung zu Grundlagen und zum Stand des Projekts.

Privilegien erkennen

Mit der Arbeit am Gruppenprofil beginnt üblicherweise die erste Sondierungsphase, die Aufstellung von Wünschen, Vorstellungen und Ansprüchen an das neue Wohnprojekt, »mein« oder »unser« Wohnprojekt. Dabei sollte jedoch auch das »andere« berücksichtigt werden. Die Anderen sind die, die mit ihrem Bedarf an Wohnraum gesellschaftlich benachteiligt sind. Dazu gehören Alleinerziehende, ältere Menschen mit niedrigen Renten, Alleinstehende und Familien mit Migrationshintergrund und auch obdachlose Menschen, Haftentlassene oder psychisch Kranke. Alles Menschen mit besonderem Wohnbedarf. Es kann auch als Privileg

gesehen werden, in dieser ökonomisch durchgetakteten Welt den eigenen Wohnanspruch selbst umzusetzen. Daher rührt auch die Empfehlung an neue Wohnprojekte, sich über diese Schere Gedanken zu machen und die »Anderen« mit einzubeziehen.

In der Wirtschaftswelt

Neben der Gruppen- und Projektentwicklung gilt es, die neue Lage formal in der Wirtschaftswelt zu verankern, eine Firma zu gründen. Um als Gruppe aufzutreten und die notwendige Akzeptanz zu bekommen, bedarf es einer Rechtsform und eines Gesellschaftsvertrags, in dem sich auch die eigenen Vorstellungen finden. Und um das Szenario zu vervollständigen, benötigen wir neben dem Projektprofil und der Rechtsform für unser Projekt auch einen Finanzierungsplan. Alle drei Säulen können in Selbstorganisation erarbeitet werden.

Erstinformationen hierzu gibt es auf der Internetseite des Mietshäuser Syndikats und bei konkretem Interesse (einer Gruppe!) auch über Beratungen aus dem Syndikat. Für viele Initiativgruppen wird es auch dann spannend, wenn sie andere Projekte besuchen.

Link: www.syndikat.org

Mietshäuser Syndikat - kurz und knapp

Solidarisch: Das Mietshäuser Syndikat ist ein Solidarzusammenschluss selbstorganisierter Hausprojekte: Etablierte Altprojekte unterstützen neue Projektinitiativen mit Knowhow, aber auch finanziell: Wenn ein Projekt den Großteil seiner anfänglich für Kauf und Baukosten aufgenommenen Darlehen getilgt hat, werden die Überschüsse nicht zur Senkung der eigenen Miete verwendet, sondern über zinsgünstige Direktkredite und einen stetig anwachsenden gemeinsamen Topf, den Solidarfonds, zu Gunsten neuer Hausprojekte transferiert.

Unverkäuflich: Immobilien als unverkäufliches Gemeineigentum: Jedes Haus ist eigenständig und im Eigentum einer eigens dafür gegründeten Haus-Besitz-GmbH mit zwei Gesellschaftern. Erstens der Hausverein aller Bewohner*innen, die selbstbestimmt über die Belange des Zusammenlebens entscheiden. Zweitens ist die Mietshäuser Syndikat GmbH als Wächterin über die Unverkäuflichkeit der Immobilie an jeder Haus-Besitz-GmbH beteiligt. Um die Projektautonomie nicht zu gefährden, ist das Stimmrecht auf wenige Grundlagenfragen beschränkt. Eine Reprivatisierung ist somit ausgeschlossen.

Bezahlbar: Das Mietshäuser Syndikat setzt sich für bezahlbaren Wohnraum für Alle ein - unabhängig vom persönlichen Einkommen oder Vermögen. Das nötige Kapital für den Hauskauf wird neben normalen Bankdarlehen über Direktkredite - zinsgünstige Kredite von solidarischen Privatpersonen, Gruppen und Altprojekten - eingesammelt.

Selbstorganisiert: Alle Hausprojekte sind selbstverwaltet und unabhängig, entscheiden jedoch gemeinsam über die Belange des Projektverbands: Auf den Mitgliederversammlungen des MHS hat jedes Syndikatsmitglied gleichberechtigtes Stimmrecht. Entschieden wird im Konsens.

Der Projektverbund in Zahlen

Syndikatsprojekte: 161, gescheitert: 1
Gesamte Wohnfläche: 150.000 m²
Gesamte Gewerbefläche: 25.000 m²
Anzahl Bewohner*innen: 4.400
Gesamtkosten: 280 Mio. Euro (davon ca. 25 Prozent über Direktkredite finanziert)
Mieteinnahmen: 14 Mio. Euro / Jahr
Beiträge zum Solidarfonds: 400.000 Euro / Jahr

Selbstverwaltung in Zahlen

Arbeitsgruppen: ca. 15
Ehrenamtliche Berater*innen: ca. 100
Regionale Koordinationen: 15
Bezahlte Stellen im Syndikat: 0,5
Durchschnittliche Teilnehmende einer Mitgliederversammlung: ca. 250

KONFLIKTE IN HAUSPROJEKTEN

»Eine andere Konfliktkultur ist möglich!«

Wenn Hausprojekte scheitern, dann scheitern sie (meistens) nicht am Geld oder an den Umständen, sondern an den Menschen, die diese bauen, selbst verwalten und aufrechterhalten. Dennoch finden die Themen Gruppendynamik und der aktiven Konfliktbearbeitung im Anfangsprozess wie auch danach häufig entschieden zu wenig Beachtung.

AG KONFLIKTE IM MIETSHÄUSER SYNDIKAT

Um Hausprojekte langfristig stabil aufzustellen, braucht es nicht nur einen soliden Finanzierungsplan und eine gute Bausubstanz, sondern auch und insbesondere eine grundlegende Verständigung über das Miteinander in guten wie in schwierigen Zeiten.

Häufig stärkt unsere Sozialisation Tendenzen der Konfliktunfähigkeit, der Vermeidung. Eingenge Muster innerhalb von Konfliktsituationen, Angst vor Nicht-gesehen-werden, großes Harmoniebedürfnis oder gar verletzendes Verhalten gehen damit einher.

Ein wichtiger Schritt in Richtung emanzipatorische Chance ist eine Veränderung der inneren Haltungen, ein bewusster Abschied von der Überzeugung, dass Konflikte etwas Schlimmes sind. An diese Stelle kann die Auffassung treten, dass sog. Störungen und Probleme ihre Lösungen bereits in sich tragen, dass sie Wachstum ermöglichen und durch das Erleben von mehr als Harmonie und Ruhe einen Gewinn an Lebendigkeit bieten. Das hört sich erst einmal plausibel und fast einfach an, wir leben jedoch in Mustern und Strukturen, die biografisch wie auch durch gesellschaftliche Werte und Normen geprägt sind und die uns oft darin gefangen halten.

Gerade auch in Hausprojekten kommt dies zum Tragen. Wir wollen zwar einen anderen

Umgang miteinander, sind bemüht, anders zu sein. Wenn jedoch Konflikte auftreten, fallen wir oft in unsere alten Muster, werden innerlich eng, erstarren vielleicht sogar, flüchten oder gehen in den Kampfmodus. Permanente Überforderung trägt zusätzlich dann nicht zum guten Gelingen im Umgang mit den Konflikten bei.

Um zu einem guten und offenen Konfliktumgang zu gelangen, reicht ein Methodenwissen - beispielsweise zu einer achtsamen Plenumskultur und konsensorientierten Entscheidungsfindung - alleine nicht aus. Es bedarf der Selbsterkenntnis der eigenen Muster und Haltungen und noch besser ist es, dieses Wissen den anderen im Hausprojekt ebenfalls transparent zu machen. Sich mit den eigenen Konfliktbiografien und/oder Geldbiografien auseinanderzusetzen - wie und wodurch entstand mein Verhältnis zu Geld - ist wichtig für diesen Erkenntnisprozess. Ebenso hilfreich ist es, die eigene Fehlerfreundlichkeit sich selbst und anderen gegenüber zu erkennen, zu wissen, wie viel Nähe und wie viel Distanz brauche ich, um gut im Projekt leben zu können und was brauche ich, um Vertrauen zu den Einzelnen/zum Hausprojekt haben zu können. Hört sich nach mächtig viel Eigen- und Gruppenarbeit an - ist es auch. Solidarisches, hierarchiearmes und respektvolles Verhalten ist ein mühsamer Lernprozess. Aber es lohnt sich, weil es eine solide Grundlage bilden kann, um in Konfliktsituationen eine größere Zuversicht zu erlangen und einen guten Umgang zu finden. Und letztendlich brauchen Konflikte auch Ruhephasen, sonst können sie durch die permanente Anspannung unproduktiv/eskalierend und überfordernd werden.

Abschließend ist aus unserer Erfahrung heraus zu sagen, dass für die Begleitung von

Gruppenprozessen finanzielle Ressourcen einzuplanen sind. So wie in der Planungs- und Bauphase selbstverständlich Kosten für Architekt*innen/Statiker*innen und weitere Fachplanungen vorgesehen sind, sollen Budgets für externe Moderation, Mediationen, Supervision und ggf. Schlichtungsverfahren vorhanden sein.

ANZEIGE

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

1968/70
Was war die Proletarische Wende?
Sven Gringmuth
Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken

Die Proletarische Wende nach 1968 umfasste einerseits die Hinwendung der intellektuellen Linken zur Geschichte und Kultur der Arbeiterschaft, andererseits für die radikale Linke den Versuch der Etablierung von Kommunikationsstrukturen mit der Arbeiterschaft, die Konstituierung hermetischer Organisationsformen und kulturelle Transformationen. Sven Gringmuth nimmt die objektiv-historischen, gesellschaftlichen Bedingungen ebenso wie den Wandel der Begrifflichkeiten, Codes und Räume der Protestbewegung in den Blick, um eine neue Geschichte der Linken im langen 'Roten Jahrzehnt' zu schreiben.

Sven Gringmuth
Was war die Proletarische Wende?
Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken
2021 - 442 Seiten - 44,00 € - ISBN 978-3-89691-049-3

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

SCHWERPUNKT MIETSHÄUSER SYNDIKAT



MIETSHÄUSER SYNDIKAT INTERNATIONAL

Ableger, ähnliche Zusammenschlüsse und Grenzen

Weltweit entstehen immer mehr selbstverwaltete, nicht-gewinnorientierte Wohn- und Eigentumsmodelle. Auch das Mietshäuser Syndikat ist seit seiner Gründung im Jahr 1992 stetig gewachsen und Nachbarländer adaptieren inzwischen das Modell. Das funktioniert, weil die Mitglieder sich austauschen und gegenseitig unterstützen.

CORINNA HÖLZL, BERLIN

Das Mietshäuser Syndikat wächst stetig, neue Strukturen formieren sich und das internationale Interesse steigt: In Österreich hat das Linzer Hausprojekt Willy*Fred in Zusammenarbeit mit Syndikatsmitgliedern aus Deutschland 2014 das Syndikatsmodell auf den österreichischen Rechtsraum übertragen und den Dachverband habiTAT gegründet. Aktuell besteht das habiTAT aus fünf Projekten: Willy*Fred und Jelka in Linz, Autonome Wohnfabrik in Salzburg sowie Bikes and Rails und SchloR in Wien sowie Initiativen wie Brennessel und der 3er-Hof auf dem Land (CONTRASTE berichtete in den Ausgaben Februar 2019 und September 2020).

2017 gründete sich nach langjähriger Vorbereitung – wie in Österreich ausgelöst durch die Implementierung eines ersten Hausprojektes – der niederländische Verband VrijCoop, zu dem heute das Ökodorf Boekel und Bajesdorp in Amsterdam sowie vier weitere Initiativen gehören. Zum französischen Dachverband Le Clip zählen inzwischen drei Projekte: Porcheritz in Vichères, Hautes Planches in Bretoncelles und Déviation in Marseille. Der tschechische Dachverband Sdílené domy (Geteilte Häuser) versucht in Prag aktuell, sein erstes Haus zu kaufen. Zudem gibt es enge Kontakte zu unabhängigen jungen Zusammenschlüssen, in Spanien etwa mit La Borda und Sotrac (Barcelona) sowie der Dachgenossenschaft Sostre Cívica, in Frankreich mit dem Stiftungsprojekt l'air de rien.

Angepasste Rechtskonstrukte

Da die Rechtslage international zu stark variiert, haben die Syndikate in den Nachbarländern neue, rechtlich eigenständige Verbände gegründet. Das heißt, sie übernehmen das Syndikatsprinzip der geteilten Gesellschafterstruktur (Hausprojekt und Dachverband), um ein Vetorecht gegen Verkäufe zu garantieren und wählen dafür unter anderem die Rechtsformen, die sich entsprechend der nationalen Gesetzeslage anbieten. Rechtlich sind bei VrijCoop alle Einheiten als Vereine organisiert (Hausprojekt, Dachverband und Immobilienbesitz). Genauso sind der österreichische, der tschechische und der französische Dachverband im Unterschied zum Mietshäuser Syndikat als Vereine organisiert.



▲ »La Borda« in Barcelona: 2017 Neubau eines Mehrgenerationenhauses für 55 Personen und Gemeinschaftsräume

Foto: Carles/La Borda

Solidarische Beratung auch international

Das Mietshäuser Syndikat gründete vor rund zehn Jahren die AG International, um besser auf die wachsende Zahl von Anfragen aus Europa und darüber hinaus reagieren zu können. Zudem gibt es mit dem »Commoning Spaces Network« seit Kurzem ein internationales Unterstützungsnetzwerk zur Beförderung von Nutzungseigentum, Selbstverwaltung und Solidarität. Im Wesentlichen gibt es zwei Bedarfe: Der Austausch zwischen ähnlichen Zusammenschlüssen sowie die konkrete Beratung von Projekten beim Aufbau. Häufig vermitteln Syndikatsmitglieder zwischen Initiativen vor Ort oder sie informieren im Rahmen von Konferenzen oder auf Einladung von Initiativen über das Syndikatsmodell. Clemens, Gründungsmitglied von VrijCoop, der seit Jahren zu den Syndikats-MVs reist, betont, wie wichtig das für Initiativen ist: »Das ist natürlich interessant, wenn ein oder zwei Personen das kennen, aber man will ja, dass da mehr Leute von überzeugt sind.« HabiTAT, VrijCoop, Sdílené domy und Le Clip erhielten in der Aufbauphase von vielen Syndi-

katsmitgliedern konkrete Unterstützung in Sachen Verbandsgründung, Finanzplanung, Selbstverwaltung, Haussuche usw. inkl. Hausprojektbesichtigungen. Inzwischen brauchen die Ableger-Verbände kaum noch Beratung vom Syndikat, im Gegenteil, der wechselseitige Input ins internationale Netzwerk nimmt zu, etwa beim Aufbau der internen Kommunikationsplattform SyndiDAT. Neben dem gegenseitigen Austausch inklusive der Vermittlung von nützlichen Kontakten zu zum Beispiel Banken und Stiftungen stellen Direktkredite über Landesgrenzen hinweg eine wichtige Unterstützung für neue Projekte dar. So stammen circa 20 Prozent der Direktkredite von Willy*Fred aus dem Umfeld des Mietshäuser Syndikats.

Grenzen

Die ungleiche Wissens- und Ressourcenverteilung lässt sich im Zuge der internationalen Vernetzung teilweise überbrücken. Klar ist aber auch, die etablierten Ableger befinden sich alle in strukturstarken Nachbarländern mit vergleichsweise gut überbrückbaren kulturellen, rechtlichen und politischen Systemen. Das

ehrenamtliche Beratungskonstrukt des Mietshäuser Syndikats stellt die Diffusion des Modells gerade angesichts der steigenden Immobilien- und Bodenpreise vor Grenzen. Um die vielen internationalen Initiativen ernsthaft zu unterstützen, etwa Macau in Mailand oder Initiativen in Athen, plädiert Marcel aus Altötting für eine professionelle, zugeschnittene Beratung: »Es gäbe in Griechenland schon seit mindestens fünf Jahren ein erstes Projekt, wenn es eine kleine professionelle Beratungsgruppe geben würde, die mit einer Anschubfinanzierung im Gepäck da runtergeht und ein oder zwei Jahre lang beim Aufbau der Strukturen helfen würde.« Ähnlich wie bei anderen urbanen sozialen Bewegungen zeigt sich im Mietshäuser Syndikat, dass internationale Aktivitäten nicht die oberste Priorität haben. Angesichts der breiten lokalen Herausforderungen und der Ehrenamtlichkeit ist dies mehr als nachvollziehbar, die Rahmenbedingungen für Eigentumsstrukturen werden jedoch auf nationaler und globaler Ebene gesetzt.

Corinna Hölzl ist Stadtforscherin und Mitglied im Mietshäuser Syndikat.

SYNDIKATSTIFTUNG

Damit uns das Geld nicht stiften geht

Wer Stiftung hört, denkt oft an reiche Industrielle, die ihr Vermögen verwalten (lassen), selten an ein selbstorganisiertes und -veraltetes linkes Projekt, das Geld an die Orte bringen will, wo es gebraucht wird. Doch genau das ist ein Plan, den es schon lange gibt und der jetzt endlich in die Tat umgesetzt wird: Wir gründen eine Syndikatstiftung! Unsere Themen bleiben gleich: angemessener Wohnraum für alle, Grund und Boden vergesellschaften und der Ware Wohnraum ein Ende machen.

LINA HURLIN, LEIPZIG

Gründe für eine Stiftung gibt es einige: Es werden dem Mietshäuser Syndikat über die Jahre immer mal wieder Häuser, Grundstücke oder Geld als Geschenke oder Erbe angeboten. Das ist als GmbH oder Verein nicht so leicht anzunehmen, beziehungsweise wird es so hoch versteuert, dass es sich kaum lohnt. Da wir Geschenke aber lieben und es außerdem für politisch überzeugend halten, dass Privateigentum, sei es von Lebenden oder Toten, kollektiviert wird, brauchen wir dafür eine Lösung.

Ein weiterer Grund ist der abgedrehte Immobilienmarkt. Die Preise für Wohnraum sind

hoch, bezahlbare Häuser und Grundstücke zumindest in Großstädten schwer zu finden und Verkäufer*innen wollen schnell verkaufen. Das passt oft nicht mit neuen Gruppen zusammen, die sich erst sortieren, Direktkredite einheimsen und Körperschaften gründen müssen. In den letzten Jahren wurden deshalb immer wieder externe Stiftungen wie die Stiftungen Trias oder Edith Maryon zwischengeschaltet, die schnell handeln konnten, Geld hatten und das Haus/Grundstück erst einmal gekauft haben. Üblicherweise geben diese Stiftungen dann der Gruppe das Objekt im Erbaurecht weiter und diese zahlen dafür einen Erbbauzins. Da wir die DIY-Kultur verinnerlicht haben und den Erbbauzins lieber in neue Syndikatsprojekte stecken würden, dachten wir auch hier: Das können wir doch selbst. Weiterer Punkt auf dem Stiftungswunschzettel ist der altbekannte Spruch »Lieber 1.000 Freunde im Rücken als eine Bank im Nacken«. Als Stiftung können wir Direktkredite an neue Projekte in der Anlaufphase vergeben und ihnen damit den Start erleichtern. Ein Nebeneffekt könnte auch sein, dass wir als Stiftung eher Direktkredite angeboten bekommen, als ein neues Hausprojekt, was noch in den Kinderschuhen steckt.

Gründer*in werden

So, genug Gründe – der Sinn des Ganzen dürfte klar sein. Aber wie kann das gehen? Zuerst brauchen wir mal wieder eins: Geld. Aktuell werben wir dafür, Stiftungsgründer*in zu sein und Geld zuzustiften. Vor allem tun das schon bestehende Syndikatsprojekte und das Mietshäuser Syndikat als Gesamtverbund, aber auch Privatpersonen, die der Idee des selbstverwalteten Wohnens und der Kollektivierung von Grund und Boden nahe stehen. Diese Stifter*innen treffen sich dann zur Stifter*innenversammlung, welche einen Stiftungsrat wählt. Dieser wiederum kontrolliert das Stiftungsge-schehen, welches vom Vorstand ausgeführt wird. Wert legen wir wie im gesamten Syndikat darauf, dass basisdemokratisch Entscheidungen getroffen werden.

Wirtschaftlich handeln

Langfristig wird das Stiftungsvermögen aus Schenkungen, Zustiftungen, Erbschaften, Direktkrediten und dem Erbbauzins der Projekte, die auf Stiftungseigentum bauen, wohnen oder arbeiten, bestehen. Damit wird die Stiftung

Grundstücke, Wiesen, Äcker und vielleicht auch Häuser kaufen oder bauen und Öffentlichkeitsarbeit machen. Wichtig ist dabei natürlich immer, dass die Stiftung Erträge erzielt. Wir können also nicht wahllos Geld verteilen, bis der Topf alle ist, sondern müssen insoweit wirtschaftlich handeln, dass das Geld nicht weniger wird. Das wird über Schenkungen, Erbschaften, Miet- und Pachteinahmen abgedeckt.

In der Kurzzusammenfassung heißt das: Das Syndikat eignet sich eine neue Rechtsform an, die Ziele bleiben aber die alten. Wir setzen uns ein für ein würdiges Dach über dem Kopf, für alle. Grund und Boden ist lebensnotwendig, wie Sonne, Regen und Luft. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht und sollte als solches behandelt werden. Solange die Mühlen des Kapitalismus jedoch weiter mahlen, müssen wir unsere Schlupfwinkel finden, wie Geld, Wohnraum, Boden und Äcker besser umverteilt werden können. Die Syndikatstiftung wird hoffentlich schon bald ein weiteres Werkzeug dafür sein.

Lina Hurlin ist Teil des vorläufigen Stiftungsrats.

Link: www.syndikatstiftung.org



SELBSTVERWALTUNG ALS ORGANISATIONSFORM GEFÄHRDETER BERLINER MIETSHÄUSER

Das alles neben dem Arbeits- und Familienstress?

Wenn von Hausprojekten im Mietshäuser Syndikat die Rede ist, denkt man für gewöhnlich an selbstorganisierte, gewachsene, politisch aktive Gruppen. Das muss jedoch nicht immer so sein. In Berlin gibt es im Moment vier Syndikatshäuser, die weder aus einer gemeinsamen sozialen oder politischen Projektidee hervorgegangen sind noch einem aus der Gruppe heraus entwickelten Ideal des gemeinsamen Wohnens folgen.

BERNHARD HUMMEL (REGIONALBERATUNG BERLIN BRANDENBURG, ARCHITEKT) UND BIRGIT ZIENER (REGIONALBERATUNG BERLIN BRANDENBURG, SEUME14)

Trotz Mietpreisbremse ist die Lage auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt in Berlin weiterhin angespannt und die Nachfrage nach Immobilien ungebremst. Auch voll vermietete Mietshäuser werden von Investor*innen angekauft. Ziel: zügige Mietsteigerung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen. Es kommt vor, dass bestehende, aber bisher nicht weiter organisierte Mietshausbewohner*innen sich überlegen, einem Verkauf ihres Hauses vorzubeugen und der Eigentümer*in selbst ein Angebot zu machen. Daneben besteht in Berlin die Möglichkeit, dass Hausgemeinschaften über das Instrument des kommunalen Vorkaufsrechts im Milieuschutzgebiet von den Bezirksverwaltungen bei einem Verkauf angefragt werden, ob diese in einen bereits abgeschlossenen Kaufvertrag mit einem gemeinwohlorientierten Modell, zum Beispiel dem Mietshäuser Syndikat, als Drittkäuferin, eintreten wollen.

Obwohl die Berliner Bezirke politisch momentan darauf ausgerichtet sind, den kommunalen Bestand an Mietshäusern zu bewahren oder zu erweitern, verfügen sie selbst nicht über die finanzielle Ausstattung, Häuser zu kaufen. Deswegen sind sie darauf angewiesen, dass sich Hausgemeinschaften organisieren und sich beispielsweise als Projekte im MHS zusammenschließen, um anstelle der Kommune Immobilien einem gemeinwohlorientierten Zweck zuführen. Sehr viel öfter als das Syndikat treten allerdings öffentliche Wohnungsbau-Gesellschaften, Stiftungen oder Genossenschaften als Drittkäufer*innen auf – mit deutlich abgestuften Formen der Selbstverwaltung.

Diese Hausgemeinschaften sind auf den ersten Blick nicht mit »klassischen« Hausprojekten im Syndikat zu vergleichen: Sie sind maximal freundschaftlich verbundene Nachbarschaften, die sich von heute auf morgen genauer kennenlernen müssen und in einen sehr kurzen intensiven Erfahrungsprozess eintreten, der sie mit der Idee der Selbstverwaltung und -verantwortung und basisdemokratischen Entscheidungsfindungen konfrontiert. Das wird oft schon in der Namensfindung der jeweils neu gegründeten



▲ Tausche Privateigentümer*in gegen Syndikat: Seit 2016 halten die Mieter*innen der Seumestraße 14 ihr Haus in eigenen Händen.

Foto: Seume e.V.

Hausvereine deutlich: Die Mietshäuser nennen sich in der Regel nicht ihren Idealen oder gelebten Utopiemodellen nach, sondern finden pragmatisch in ihrem Straßennamen und der Hausnummer ihre Identität: die Häuser heißen dann Jagow15, Zossener48, Kumi*13 oder Seume14.

Da die rechtliche und finanzielle Aufstellung eines Projekts im Fall eines Vorkaufs in einem rasanten Tempo vorstatten gehen muss (acht Wochen beträgt das Zeitfenster durch die Prüfung des Vorkaufsrechts durch den Bezirk), sind fast alle gruppeninternen Prozesse nachgelagert. Der Entwicklungsprozess verhält sich reziprok zu dem klassischer Syndikatsprojekte. Die finanzielle Verantwortung rückt in den Vordergrund und gruppendynamische Probleme ergeben sich aus dem Perspektivwechsel, der auf das Wohnen insgesamt für die Bewohner*innen eines Mietshauses vollzogen werden muss: Wollen die Leute wirklich aus ihrer Ruhe eines Mietvertrags mit einer monatlichen Zahlung, aber einem mehr oder weniger großen zukünftigen Risiko, in das stressigere, aber langfristig abgesicherte Modell des Syndikats?

Der Arbeitsalltag und das Familienmodell prägen in der Regel die Hausgemeinschaften, die auf individuelle Lebensführungen ausgerichtet sind. Der Rückzugsort der Mietwohnung wird jetzt zum sozialen Ort, der nicht nur emotionale oder psychische und physische Entlastung bietet, sondern soziale Verantwortungsübernahme einfordert. Ist es möglich, die sehr unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse dieser Gemeinschaften zusammenzuführen oder überhaupt nur gemeinsame Entscheidungen treffen zu können? Es gibt aufgrund der zufälligen Entstehung dieser Gruppen sehr unterschiedliche persönliche und soziale Hintergründe und vermutlich sind auch die politischen Ansätze nicht immer konsensfähig.

Im Syndikat gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, ob solche Hausgemeinschaften überhaupt ins Netzwerk passen. Setzt sich das Syndikat nur aus politisch aktiven Gruppen zusammen? Reicht als politische Gemeinsamkeit der Wunsch nach Selbstorganisation des gemeinsam genutzten Mietshauses? Ist es denkbar, dass lediglich eine Kerngruppe alles organisiert? Die

Leute im Haus können mitmachen, müssen es aber nicht; sie können den gleichen Hintergrund haben oder einen ganz anderen; Unterschiedlichkeiten und Konflikte werden gelöst oder einfach stehengelassen, weil es doch nur eine Nachbarschaft ist. Die Verwaltung des Hauses wird selbst erledigt oder an eine professionelle Hausverwaltung delegiert, die Entscheidungen aber im Haus gefällt.

Wir beraten weiterhin solche Gemeinschaften und möchten diese auf dem Weg in die Selbstorganisation begleiten, auch wenn es leider fast immer vor allem an finanziellen Hürden scheitert (95 Prozent der Beratungen). Beide Ergebnisse sind gut: Ohne Kauf hat sich in kürzester Zeit eine organisierte Hausgemeinschaft gebildet, die auch weiterhin besser zusammenhalten wird - die meisten Mieter*innengemeinschaften bleiben aktiv und bilden neue stadtpolitische Akteur*innen und solidarische Vernetzungen von unten. Und mit dem Kauf kann die nun organisierte Hausgemeinschaft den praktischen Weg in die Selbstverwaltung mit viel Unterstützung aus dem Syndikat gehen.

KOLLEKTIVBETRIEB SCHICKSAAAL* IN LÜBECK

Selbstverwaltet arbeiten im eigenen Haus

Dass wir als Hostel-Kollektiv in ein Mietverhältnis gehen, welches uns in irgendwelche Schranken weisen könnte, war für uns undenkbar. Es war klar, dass wir möglichst mit allen Schritten, die wir gehen werden, so autonom wie möglich sein wollen. So gehörte es von Anfang an zu unserem Selbstverständnis, dass das Haus, in dem wir arbeiten auch »unseres« sein soll.

JOHANNA, LÜBECK

Einige wohnten schon im Projekt »freie hütte«, das Teil des Mietshäuser Syndikates ist. So war es keine lange Diskussion, dass unser Hostel-Projekt ebenfalls zum Verbund dazu gehören soll. Die Entscheidung war schnell gefällt, ein Haus zu kaufen, welches ab da unverkäuflich sein soll!

Für den Teilungsbeschluss, also die Zustimmung der Mitgliederversammlung des Mietshäuser Syndikates an unserer Beteiligung am Verbund, haben wir zwei Anläufe gebraucht. Obwohl wir nach der ersten Ablehnung frustriert waren, war es ein konstruktiver Prozess, den zweiten Anlauf vorzubereiten. Wir haben intern nochmal genauer geschaut, welche Körperschaften welche Rollen übernehmen sollen, damit der Hausbesitz vom Betrieb möglichst klar getrennt

ist. Wir haben einen Hausverein und eine Hausbesitz-GmbH (wie jedes andere Projekt). Dort sind andere Personen in den Vorständen bzw. Geschäftsführungen, als in der Betriebs-GmbH. Die Betriebs-GmbH ist mit allen arbeitenden Kollektivistas Mieterin des Hauses. Wir haben einen Plan B erarbeitet, der das Haus absichert. Falls der Betrieb vor die Wand fahren sollte, kann das Haus ein Wohnprojekt werden. Keine*r von uns wünscht sich das, aber es war gut und wichtig, uns dazu genaue Gedanken zu machen. Schließlich hatte von uns ja bis dahin keine*r je ein Hostel gehabt.

Im Alltag nicht sehr präsent

Im alltäglichen Erleben ist die Tatsache, dass wir ein Syndikatsprojekt sind, nicht sonderlich präsent. Alles läuft – und dadurch, dass die Vermieterin (also wir selbst) recht entspannt ist, gibt es nicht viel zu besprechen. Wir entscheiden alle Belange im Konsens und da die Menschen des Hausvereins bei den Plena anwesend sind, haben wir die Belange der Haus-Besitz-GmbH genauso im Blick, wie die der Betriebs-GmbH.

Im Subtext allerdings ist es für uns alle sehr wichtig und in unseren Erzählungen sehr

präsent, wem das Haus gehört. Wir sind mit unserem Haus in einer sehr kleinen Straße, mitten in der Innenstadt Lübecks. In der Straße sind mit unserer Kneipe fünf Kneipen verortet. Besonders jetzt in der Corona-Pandemie merken wir einen Unterschied. Alle müssen sich auf Konditionen und das Wohlwollen der Vermieter*innen ihrer Läden einlassen – wir diskutieren alle Schwierigkeiten in unserem Plenum und wir treffen die Entscheidungen, beide GmbH's im Blick.

Bezahlbarer Gewerberaum

Aus städtepolitischer Sicht ist es wichtig zu sagen, dass nicht nur Wohnraum, sondern auch bezahlbarer Gewerberaum zunehmend aus Städten verdrängt wird. Immer mehr liegt der Fokus auf Erschließung von unbezahlbaren, großen Gewerberäumen/-flächen, die kleine Betriebe weder brauchen noch bezahlen können. Das gilt gleichermaßen für Kneipen, Cafés, wie auch für Copyshops, Fachgeschäfte, Werkstätten oder Tante-Emma-Läden. Schon längst sollten wir diesen Aspekt miteinbeziehen und dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft noch kleine Läden haben, die sich die Mieten leisten können.

Passieren tut das häufig schon in Form von zum Beispiel Stadteilläden, Infoläden und Nachbarschaftsbüros. Allerdings wird die Arbeit bei den wenigsten gegen Bezahlung getan. Arbeiten im Kiez ist genauso geil und legitim, wie wohnen und Freizeit verbringen!

Wir glauben, dass der Kapitalismus nicht ewig bestehen muss, kann und wird. Die Zeiten werden sich ändern! Wir üben uns schon mal. Ein Arbeits-Kollektiv mit Inhalt zu füllen, ist nicht so einfach, wie es scheinen mag. In unserer aller Sozialisation haben wir ganz andere Arbeitsstrukturen gelernt. Sich daraus zu befreien, fällt so manch eine*r manchmal schwer. Sinnhafte Strukturen zu basteln, in denen wir selbstverantwortlich entscheiden, welche Rechte ein*e Arbeiter*in haben soll, das sind Teile des selbstverwalteten Arbeitens. Dafür braucht es Häuser! Mit dem Kollektivbetrieb schickSAAAL* wollen wir das vorangehen, uns ausprobieren, lernen und noch mehr lernen – mit soviel Selbstverwaltung wie möglich.

Link: <https://schicksaal.net>

CONTRASTE hat das schickSAAAL*-Kollektiv bereits in der Ausgabe 429 (Juni 2020) im Schwerpunkt »Kollektiv arbeiten« vorgestellt.

SCHWERPUNKT MIETSHÄUSER SYNDIKAT



NEUBAU-PROJEKTE IM MIETSHÄUSER SYNDIKAT

Ich bau' mir die Welt, wie sie mir gefällt

Hatten wir es früher im Mietshäuser Syndikat (MHS) vor allem mit Bestandsgebäuden zu tun, widerständigen Mietbewohner*innen, die ihr gemietetes oder besetztes Haus in die eigenen Hände bekommen wollten, so kommen inzwischen vermehrt Projektinitiativen hinzu, die neu bauen. Besonders in Ballungsräumen werden selbst für marode Bestandsimmobilien, die aufwendig saniert werden müssten, noch horrend Preise verlangt. Daher greifen Projektgruppen auf die Option des Neubaus zurück, die auf lange Sicht bezahlbare Mieten garantiert und neue und ökologische Wohnkonzepte ermöglicht.

FRANZISKA MEIER UND JOST BURHOP (COLLEGIUM ACADEMICUM, AG NEUBAU), GÜNTER BERGMANN (UMBAU TURLEY, AG NEUBAU) UND HELMA HASELBERGER (AG NEUBAU)

Bereits 2012 begann die Projektgruppe des Collegium Academicum (CA) mit ersten Überlegungen, ein selbstorganisiertes Wohnheim sowie Kultur- und Bildungszentrum zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt entstanden auch weitere Wohnprojekte in Heidelberg, die sich allesamt im Bündnis »hd_ vernetzt« zusammenschlossen und sich mit gemeinsamer Kraft gegenüber der Kommune für den Erwerb von kommunalen Grundstücken einsetzten. Dem CA wurde nach langen Gesprächen und Verhandlungen von der Kommune eine Fläche angeboten, auf der neben zwei Altbauten Platz für einen Neubau bestand. Über die Jahre nahm das CA konkrete Formen an: Mittlerweile entsteht auf der Konversionsfläche U.S. Hospital in Heidelberg Rohrbach ein Neubau für 176 Personen mit großzügigen Gemeinschaftsflächen im Erdgeschoss (Aula, Multifunktionsraum, Werkstatt) und Dachgarten. Die Miete wird mit 310 Euro pro Zimmer in einer Dreier- oder Vierer-WG dennoch günstig sein. Von ähnlichen Erfahrungen können auch andere MHS-Projekte vor allem in Großstädten berichten: wenn überhaupt Bestandsgebäude zum Verkauf standen, so waren die aufgerufenen Preise oft zu hoch, um noch bezahlbaren Wohnraum realisieren zu können. Die Entscheidung für Neubauten wurde auch hier nicht aus eigenem Wunsch, sondern aus der Notwendigkeit heraus getroffen.

Das CA ist nur ein Beispiel unter vielen: Die Alte Feuerwache Weimar, das 3HäuserProjekt in Freiburg oder zwei Projekte auf dem Turleygelände in Mannheim – alles Neubauprojekte



▲ Jetzt geht's los! Die Projektgruppe des Collegium Academicum vor den Resten des Bettenhauses. Auf einem Teil des Grundstücks entsteht der Holzneubau. Foto: Roßnagel

im MHS. Vermehrt kommen dabei Neubauprojekte im Syndikat über Vergabeverfahren an kommunale Grundstücke, die von Kommunen inzwischen nicht mehr nur meistbietend veräußert werden. Im Rahmen von Konzeptvergaben oder dem sozialen Wohnungsbau sind inhaltliche Kriterien ausschlaggebend für den Zuschlag: KiTa vor Investor. So werden kommunale Liegenschaften zu moderaten Preisen oder im Erbbaurecht auch an Syndikatsprojekte vergeben. Im Gegenzug beleben diese über gemeinwohlorientierte Angebote das Quartier oder garantieren durch überdurchschnittlich lange Sozialbindungen und Mietpreise weit unter dem Mietspiegel langfristig bezahlbaren Wohnraum. In Baden-Württemberg hat das 3HäuserProjekt erstmalig den Zugang für das Syndikat zum sozialen Wohnungsbau geknackt und damit eine wichtige Voraussetzung geschaffen.

Die ersten Planungsschritte und die notwendigen Unterlagen zur Konzeptvergabe benötigen zunächst den Einsatz von Risikokapital. Geld welches gerade zu Beginn oft nicht vorhanden ist und bei einem Scheitern des Projektes in der Planungsphase auch nicht durch die späteren Mietzahlungen refinanziert werden kann. Wie die zahlreichen Neubauprojekte der letzten Jahre belegen, scheint dennoch der Respekt vor hohen Investitionssummen im Syndikat kleiner zu werden.

Spezielle Förderprogramme nutzen

Oft sind dabei Fördermittel ein Weg, um die Eigenkapitalbasis zu erhöhen und den Start der Neubauprojekte zu erleichtern. Um sich im Dickicht aus den wechselnden kommunalen und bundesweiten Förderprogrammen zurecht zu

finden, braucht es oft das Wissen der Vielen: die regionalen wie überregionalen Strukturen des MHS liefern oft wertvolle Tipps zu speziellen Förderprogrammen. Durch die Projektvernetzung entstehen auch Synergien für den Bauprozess: Erfahrungen und Baukonzepte können ausgetauscht, Büros und Baubetriebe weiterempfohlen werden. Beispielsweise stehen in Heidelberg die Projekte Raumkante und CA wegen ihres ähnlichen Konzepts in Bauweise und Ökologie in engem Austausch.

Anders als bei einer Bestandsnutzung ist der Weg von der Zusage eines Grundstücks bis zum Einzug bei Neubauprojekten deutlich länger. Die Planungsphase und der Bau sind sehr arbeitsintensiv und aufreibend für Gruppen, denn die Gestaltungsfreiheiten, die ein Neubau bietet, verlangen in kurzer Zeit sehr viele Einzelentscheidungen. Manchmal losgelöst von eigenen Wünschen müssen auch die Bedürfnisse der anderen Nutzer*innen berücksichtigt werden. Häufig wird für diesen Prozess externe fachliche Beratung gebraucht, da diese Arbeit im Ehrenamt kaum zu stemmen ist und die Gruppen zumeist unerfahren auf diesem Gebiet sind.

Mit dem MHS die Bauindustrie verändern?

Bei einem Neubau stehen alle Türen offen und jede Gruppe entscheidet sich, welche Prioritäten sie setzt. Die Erfahrung zeigt, dass in vielen Gruppen Wert auf ökologisches und nachhaltiges Bauen gelegt wird. Um zukünftig günstigere Warmmieten zu erzielen, sind auch zunächst teurere energetische Lösungen eine Option. Zudem steht die Baubranche aufgrund des Ressourcenverbrauchs und schlechter Arbeitsbedingungen in der Kritik. Die notwendige Wende können Hausprojekte mit vorantreiben, indem sie faire Arbeitsbedingungen schaffen und möglichst sozialverträglich bauen.

Das CA jedenfalls hat sich von Beginn an dafür ausgesprochen: Wenn schon ein Neubau, dann unter der Prämisse »Nicht so günstig, sondern so ökologisch, wie möglich«. Daher gehen die Lösungen hier von der Nutzung nachwachsender Baustoffe (Holz), größtmöglichem Verzicht auf metallische Verbindungen, über die Dachflächennutzung durch eine Photovoltaikanlage und die Regenwassernutzung bis hin zu Fragen nach genügsamem und gemeinsamem Umgang mit Flächen: Teilen statt selbst besitzen.

NOCH MEHR HAUSPROJEKTE

Freiburg und die neuen Baugebiete

Der Gemeinschaftsraum von schwereLos drohte aus allen Nähten zu platzen: Über 100 Menschen waren im Februar 2019 der Einladung des Bildungsvereins »Wem gehört die Stadt?« zum monatlichen Jour fixe gefolgt. Dort treffen sich normalerweise interessierte Gruppen, Familien und Einzelmenschen und diskutieren über Organisationsformen, Finanzierung

ANZEIGE

Raus aus dem Krisenkapitalismus, rein in den Sozialismus - aber wie?

Drei Bücher beschreiben das Ziel, den Weg und den Start

- Die Gesellschaft der Zukunft

- Revolutionen gestern und morgen

- Was ist zu tun?

Nähere Angaben unter www.zukunft.norwat.de

und Erwartungen an Hausprojekte. Bei diesem einen Jour fixe jedoch wurde es konkreter.

REGINA MAIER, REGIONALBERATUNG FREIBURG / BILDUNGSVEREIN »WEM GEHÖRT DIE STADT?«

Der städtebauliche Siegerentwurf für das Baugebiet »Kleineschholz« war kurz zuvor in einer Veranstaltung der Stadt Freiburg vorgestellt worden. Das Rathaus hatte angekündigt, dort Baugrundstücke ausschließlich an »gemeinwohlorientierte« Bauträger zu vergeben. Projekte im Mietshäuser Syndikat wurden von Beginn an mitgedacht und genannt. Jetzt galt es, die Chance zu nutzen und bauwillige Gruppen und auch Leute auf Gruppensuche zu unterstützen. Erste Ideen wurden gesammelt und ausgetauscht, der gemeinsame Einfluss auf die Stadt ausgelotet, damit möglichst viele selbstorganisierte Mietshausprojekte entstehen.

Eine kleine Siedlungsbewegung

Schnell etablierte sich eine Runde mit ziemlich konstant 15 Syndikatsgruppen – auch eine genossenschaftliche Neugründung ist mit dabei – und es entstand das Delegiertentreffen Kleineschholz.

550 Wohnungen sollen auf Kleineschholz entstehen, davon 50 Prozent in gefördertem bzw. gebundenem Mietwohnungsbau. Das entspricht in etwa der Größenordnung des Baugebiets Gutleutmatten, auf dem neben anderen Gebäuden das 3HäuserProjekt mit 45

Wohnungen, Gemeinschaftsräumen und einer Kita seinen Platz gefunden hat. Die Chancen, dass auf Kleineschholz mehr Gruppen als auf Gutleutmatten zum Zuge kommen, sind groß, denn auf diesem Gebiet soll ohne gewinnorientierte Investoren gebaut werden.

Jetzt also wird in Arbeitsgruppen diskutiert und geplant. Konzepte für eine nachhaltige Infrastruktur des neuen Quartiers werden erarbeitet, beispielsweise in den Bereichen Mobilität, Energie und Bildungswesen. Die Vergabe der Grundstücke wird hinsichtlich sozialer Ausrichtung und dauerhafter Bindung mit Gemeinderäten und den Stabsstellen der neuen Baugebiete diskutiert. Und nicht zuletzt bedarf das Landeswohnungsbauprogramm nicht nur bei den Kreditkonditionen dringender Verbesserungen.

In Workshops erhalten die Gruppen durch den Bildungsverein und Berater*innen des Mietshäuser Syndikats Informationen zu Projektentwicklung, Gruppenprozessen, Projektfinanzierung, immer mit Bezug auf die in Freiburg zuletzt umgesetzten Neubauprojekte (das 3HäuserProjekt), die zeitnahe Blaupausen für diese Themenbereiche liefern.

Und wie weiter?

Sollte der Zeitplan der Stadt wie geplant klappen, ist es im Laufe des kommenden Jahres soweit: Das Vermarktungskonzept ist beschlossen, die Gruppen können sich auf die Grundstücke bewerben, bei erfolgtem Zuschlag beginnt die konkrete Projektumsetzung. Inten-

sive Einzelberatungen seitens des Mietshäuser Syndikats sind aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht möglich – aber auch nicht nötig: Beim 3HäuserProjekt hat sich die Bildung von gemeinsamen Arbeitskreisen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Architektur, Finanzierung und Organisation bestens bewährt und kann auch auf eine größere Anzahl von Projekten übertragen werden.

Bei weitem nicht alle Gruppen werden auf Kleineschholz einen Zuschlag erhalten. Wir hoffen, dass sie die Enttäuschung verwirnen, sich aufrappeln und weiterziehen – gen Dietenbach, städteplanerisch auf ähnlichem Entwicklungsstand wie Kleineschholz. Hier sollen 6.000 neue Wohnungen entstehen. Und wir sind gespannt, ob neue Gruppen hinzukommen und der Gemeinschaftsraum bei schwereLos wieder aus allen Nähten platzt.

Wem gehört die Stadt?

Der Bauverein »Wem gehört die Stadt?« in Freiburg arbeitet an wohnungspolitischen Themen – und zwar jeweils in Verbindung mit konkreten Bauprojekten, bei denen wir Alternativen zur üblichen Verdrängungsökonomie durch Eigentumsbildung und/oder hochpreisige Mieten entwickeln und verwirklichen wollen. Der Bildungsverein vermittelt Wissen und Erfahrung in Fragen der Stadtentwicklung insbesondere über Planungsprozesse, Bürgerbeteiligung sowie Konzepte für die Selbstorganisation von Mieter*innen in genossenschaftlicher Form.

ACKERSYNDIKAT E.V.

Land und Höfe als Commons

Ende Oktober haben zehn Menschen aus dem Netzwerk Solidarische Landwirtschaft und dem Mietshäuser Syndikat den neuen Verein »Ackersyndikat« gegründet. Ihr Ziel ist es, einen dezentralen und solidarischen Verbund aufzubauen, der Höfe und landwirtschaftliche Flächen als unverkäufliches kollektives Eigentum sichert. Wie das genau funktioniert und warum es dafür einen Verein braucht, erklärt Jost Burhop im Interview mit CONTRASTE-Redakteurin Regine Beyß.

CONTRASTE: Die Idee für das Ackersyndikat hat ihren Ursprung in der erfolgreichen Geschichte des Mietshäuser Syndikats, kurz MHS. Das MHS wird auch als Mitglied und Kapitalgeber unterstützt. Wie lässt sich diese Struktur auf die Landwirtschaft übertragen?

Jost Burhop: Im Prinzip ist die Struktur des MHS eine rechtliche Struktur für einen Solidarverbund von selbstorganisierten Hausprojekten, die ihre Immobilien in Gemeineigentum überführen wollen. Dieser Kerngedanke ist nicht weit entfernt von der Entprivatisierung landwirtschaftlicher Flächen. Es gibt auch bereits Projekte im MHS, die landwirtschaftliche Flächen gekauft haben, allerdings hat dies nur in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie der Kulturlandgenossenschaft funktioniert. Daher haben wir mit dem Ackersyndikat eine Ergänzung zum MHS gegründet, um die Grundideen und Strukturen des MHS auch für landwirtschaftliche Flächen zu nutzen. An sich ist die Übertragung des Konzeptes nicht sonderlich schwierig. Wir kopieren eigentlich die Strukturen des MHS und können sehr viel Wissen und weitere Ressourcen des MHS verwenden, was uns die Arbeit an vielen Stellen erleichtert. Komplette übernehmen können wir diese aber nicht, denn das MHS ist auf Mietshäuser zugeschnitten und die Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sind andere. Mit dem Grundstückverkehrsgesetz gibt es beispielsweise besondere Bedingungen, welche die Landkäuferin erfüllen muss, um landwirtschaftliche Flächen kaufen zu können. Ein anderes eher vorteilhaftes Beispiel ist, dass mit sozial-ökologischer Landwirtschaft einige anerkannte Gründe für Gemeinnützigkeit vorliegen, weshalb der Ackersyndikat e.V. gemeinnützig sein wird. Beim MHS geht das leider nicht, da günstiger Mietraum absurderweise nicht (mehr) als Grund für anerkannte Gemeinnützigkeit gilt.

Spielt der Wohnraum auf den Höfen dabei auch eine Rolle?

Auf jeden Fall. Das Ziel des Ackersyndikats ist es ja, selbstorganisierte Höfe zu ermöglichen, die sich dauerhaft selbst tragen. Das ist theoretisch auch ohne Wohnraum möglich, wir gehen aber davon aus, dass es für die Lebendigkeit der Höfe notwendig ist, auch dauerhaft entprivatisierten Wohnraum für die Landwirt*innen zur Verfügung zu stellen. Das kann über die gleiche Struktur laufen wie bei den landwirtschaftlichen Flächen: Die Hof-GmbH kann all diese Immobilien kaufen. Darüber wird auch unnötige Bürokratie vermieden.

Welche Probleme gibt es in der Landwirtschaft, für die das Ackersyndikat eine Lösung anbieten könnte?

Heutzutage werden fruchtbare Böden oftmals als Kapitalanlage gesehen. Sie werden versiegelt oder für industrielle Landwirtschaft verwendet und damit zerstört. Durch die Spekulation sind landwirtschaftliche Flächen mittlerweile so teuer, dass der Kauf von Flächen mit umwelt- und sozialverträglicher landwirtschaftlicher Tätigkeit kaum noch refinanziert werden kann. Hier setzen wir an und schaffen als Solidarverbund eine Struktur, über die landwirtschaftliche Flächen dem Kapitalmarkt entzogen werden und dauerhaft entprivatisiert erhalten bleiben können. Wir sehen uns damit auch als Teil der sozial-ökologischen Transformation »von unten« und schaffen eine dezentrale Organisationsstruktur für solidarische, selbstorganisierte Kollektive. Auch dem Höfeerben treten wir damit entgegen und unterstützen Landwirt*innen bei der Hofübergabe.

Was ist der besondere Anreiz für Solawis, sich dem Ackersyndikat anzuschließen?

Meiner Meinung nach ist das Ackersyndikat die konsequente Weiterführung der Grundideen solidarischer Landwirtschaft. Diese werden hier nicht nur auf den landwirtschaftlichen Betrieb, sondern auch auf die Organisation des Flächeneigentums angewendet. Die Kombination von Solawi und Ackersyndikat führt zu Höfen, auf denen Privateigentum quasi keine Rolle mehr spielt, Entscheidungen gemeinsam getroffen werden und Solidarität gelebt wird. Hierarchien, die in Eigentumsverhältnissen festgeschrieben sind, werden aufgebrochen, das Hofeigentum wird unter Einbezug der Solawi-Mitglieder verwaltet. Darüber werden zudem Einzelpersonen entlastet und Verantwortung demokratisch und breit geteilt. Die Solawi wird über einzelne Landwirt*innen hinaus gesichert und der Solidarverbund hilft den einzelnen Projekten zum Beispiel bei der Hofübergabe, aber auch mit finanziellen Hilfen und Wissensweitergabe. Und natürlich sichert er auch die Unverkäuflichkeit der landwirtschaftlichen Flächen der Solawi.

In welchen Entscheidungen und Bereichen bleiben die Höfe autonom?

Eigentlich in allen, mit nur ganz wenigen Ausnahmen. Die Projektautonomie ist einer der Grundpfeiler des Ackersyndikats, genauso wie es auch beim MHS der Fall ist. Zustimmung von Seiten des Ackersyndikats wird nur für den Verkauf von Flächen benötigt – diese Zustimmung wird vom Ackersyndikat allerdings nicht gegeben, wodurch die Unverkäuflichkeit der Flächen garantiert ist. Zudem muss bei der Änderung der Bewirtschaftungsweise die Zustimmung des Ackersyndikats angefragt werden. So wird garantiert, dass die Flächen auch dauerhaft sozial-ökologisch bewirtschaftet werden und nicht einfach für konventionelle Landwirt-



▲ Gründungstreffen unterm Apfelbaum

Foto: Ackersyndikat e.V.

schaft verwendet werden. Zudem können Höfe dafür sorgen, dass spezielle Bewirtschaftungsweisen wie beispielsweise Agroforestry oder biozyklisch-vegane Landwirtschaft langfristig festgeschrieben werden. Die Autonomie der Höfe wird also nur soweit eingeschränkt, wie es für den langfristigen Erhalt der Ziele der Hofnutzer*innen notwendig ist. Ansonsten ist eigentlich alles der Selbstverwaltung überlassen. Vom alltäglichen landwirtschaftlichen Betrieb über Entscheidungen zu Flächenzukaufen bis hin zur Buchhaltung. Das Ackersyndikat übernimmt hier nur eine aktive Rolle, wenn es vom Hofprojekt darum gebeten wird.

Inwiefern unterscheidet sich das Ackersyndikat von Genossenschaften wie zum Beispiel Kulturland oder BioBoden?

Die genannten Genossenschaften sind sozusagen »gute« Investor*innengesellschaften. Bei ihnen ist das Kapital zentral gebündelt in der Genossenschaft, in der auch alle Kapitalgeber*innen mit Stimmrecht beteiligt sind. Das ist für uns keine Selbstverwaltung. Das Sagen haben dort letztlich größtenteils Menschen, die nicht auf den Höfen leben. Zudem leisten sie keine Sicherung des Landes als unverkäufliche Commons. Denn das Eigentum an den Höfen liegt entweder komplett bei der Genossenschaft oder aber bei Kommanditgesellschaften, deren ganzes Kapital der Genossenschaft gehört. Das ist strukturell nicht anders als bei den »bösen« Investor*innen. Die Kerninnovation des Mietshäuser Syndikats ist die Schaffung einer lokalen Immobilienbesitz-Körperschaft, in der die lokalen Nutzer*innen weitgehend autonom sind und nur in der Frage der Reprivatisierung beschränkt sind. So eine Struktur gibt es für die Landwirtschaft nur beim Ackersyndikat, und damit auch das höchste mögliche Maß an Sicherung vor Verkäufen. Bei der Kulturlandgenossenschaft schreibt die Satzung hingegen noch nicht mal eine Zustimmung der Mitgliederversammlung für einen Verkauf von Immobilien oder Geschäftsanteilen vor. Zudem erzeugen beide Genossenschaften einiges an Organisationskosten, die dazu führen, dass die von den Projekten selbst erworbene Umfeldfinanzierung dem Hof nicht voll zugute-

kommt. Wir setzen dagegen auf ein Konzept von ehrenamtlicher Hilfe zur Selbstermächtigung, wie auch beim MHS üblich. Damit ist das Ackersyndikat auch finanziell attraktiv für Höfe, deren Umfeld in der Lage ist, Selbstverwaltungskompetenz aufzubauen. Wie bei der Ökologie ist aber auch bei unseren Organisationsstrukturen eine Vielfalt schön und manchmal überlebenswichtig.

Die Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft ist tendenziell ja schon sehr hoch. Haltet ihr es für realistisch, dass sich Landwirt*innen noch zusätzlich in einer solchen Struktur engagieren?

Naja, einerseits beinhaltet Landwirtschaft ja heute bereits einen guten Anteil an Bürokratie. Und das Rumschlagen mit der profitorientierten Vermieter*in kann auch sehr viel Zeit und Energie in Anspruch nehmen. Nichtsdestotrotz bedeutet die Selbstorganisation eines Hofprojektes natürlich eine Menge Arbeit, weshalb das sicherlich nicht unbedingt was für ein oder zwei Menschen ist. Sobald aber ein solidarisches Kollektiv hinter dem Projekt steht, sich die Aufgaben gut aufteilt und der Überlastung von Einzelpersonen entgegenwirkt, halten wir das für durchaus machbar. Menschen, die zum Beispiel in MHS-Projekten aktiv sind, sind darüber hinaus ja auch nicht untätig und schaffen es trotzdem, die Häuser gemeinsam zu verwalten. Außerdem ist die Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft ja meistens saisonal unterschiedlich. So können zum Beispiel im ruhigeren Winter der GmbH-Jahresabschluss und Mitgliederversammlungen erledigt werden.

Was sind eure nächsten Schritte? Welche Fragen müssen noch beantwortet werden?

Als nächstes werden wir die Satzungen vorlagen für Hofverein und Hof-GmbH erstellen und ein Leitbild sowie Kriterien für die Aufnahme von Projekten erarbeiten. Im Sommer soll dann die erste Beteiligung an einem Hofprojekt stattfinden. Das Projekt ist auch bereits in die Ausarbeitung der Ackersyndikatsstrukturen involviert. Ein paar Fragen sind aber noch offen, zum Beispiel wie genau ein Solidartransfer von Altprojekten zu Neuprojekten stattfinden kann.

Wenn Menschen bei euch mitwirken oder euch unterstützen wollen – was können sie tun?

Wir freuen uns sehr über Unterstützung und können davon allerhand gebrauchen! Einerseits, indem sich Menschen aktiv in den Solidarverbund einbringen, zum Beispiel in der Beratung von Projekten, in der Ausarbeitung weiterer Details der rechtlichen Struktur oder in der Öffentlichkeitsarbeit. Auch finanzielle Unterstützung können wir sehr gebrauchen. Sowohl durch regelmäßige oder einmalige Spenden als auch durch Direktkredite. Und auch Anfragen von Projekten und Initiativen, die Teil des Ackersyndikats werden wollen, sind bei uns immer gern gesehen.

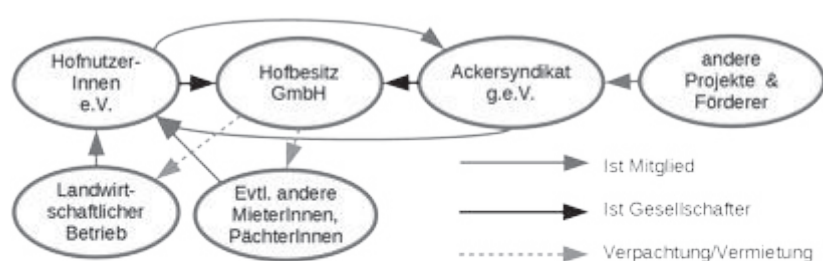
Link: <https://ackersyndikat.org/>
Mail: kontakt@ackersyndikat.org

Jost Burhop ist seit Juli 2020 im Ackersyndikat aktiv. In dieser Zeit hat er vor allem an der Satzung und der Webseite gearbeitet, Kontakt mit interessierten Hofprojekten gepflegt und externe Anfragen beantwortet.

ANZEIGE

Hier wird das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorgestellt und die Probleme erklärt.

Freihandel
TTIP und der Widerstand
Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de



ANDERE PERSPEKTIVEN AUF DEN MAUERFALL

Erinnern? Stören! - Erinnern stören!

1989 stand die Welt aus Ost und West Kopf. Mit dem vorläufigen Aus für den real existierenden Sozialismus zerbrachen ideologische Fixpunkte. Für (westdeutsche) Linke standen damals neue Großmächts-Dystopien und »Nie wieder Deutschland« als Angstkulisse und radikale Antwort nebeneinander. Als Schlaglichter auf 1989 sind diese Erinnerungen an die sogenannte »Wiedervereinigung« aber lange nicht vollständig. Das Buch »Erinnern Stören« füllt diese Lücke - das war längst überfällig.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Als vor mehr als 30 Jahren die Mauer zwischen BRD und DDR fällt, bedeutet das auch eine gewaltige Zäsur für migrantisches und jüdisches Leben in Ost und West. Zu diesem Zeitpunkt leben allein in West-Berlin circa 130.000 Türk*innen, in der DDR knapp 100.000 »ausländische Beschäftigte«, die meist im Rahmen von Arbeitsabkommen im Land sind. Vor 1989 waren 30.000 Menschen in Deutschland (Ost und West) jüdischen Glaubens. Ihre weitaus größte Zahl lebte »im Westen«.

Angeregt durch eine neue, junge Generation von Aktivist*innen und Autor*innen wird heute zusehends gefragt, wer damals eigentlich vereinigt wurde. Wer hat damals warum was gefeiert? Wer wurde ausgeschlossen? Ein erster Eindruck: Migrant*innen, People of Color und Jüd*innen haben in der Geschichte der sogenannten »Wiedervereinigung« keinen Platz (S. 315).

Das vorliegende Buch enthält neben einem Intro und einem Nachwort der Herausgeber*innen 18 Beiträge von Autor*innen aus den Generationen der 30- bis 60-Jährigen. Unter den Texten sind damit neben den Berichten und Erinnerungen von Beteiligten auch Einschätzungen von »Nachgeborenen«, die die Zeit vor 1989 nur aus

Erzählungen, der Literatur und aus den Medien kennen und darum etwa die unterschiedlichen Erinnerungsperspektiven auf »die Wende« in den Blick nehmen.

Dabei machen alle Texte auf sehr ähnliche Erfahrungsstrukturen aufmerksam: Sie erzählen von ausgrenzten, wenn nicht unterdrückten Perspektiven auf die deutsch-deutsche Vereinigung. Denn sie erinnern auf radikale Weise zum Beispiel an die Kämpfe um Teilhabe in den 1980er Jahren, schildern einschneidende Erlebnisse um die »Wende«-Jahre, beschreiben die Erfahrungen der Selbstbehauptung gegen den Rassismus der 1990er Jahre. In den Texten werden an den Rand gedrängte Stimmen sichtbar und ein »anderes Erinnern« entsteht. Sie zeigen die Kontinuität migrantischer Organisation (zumindest im Westen) ebenso wie die von Rassismus und antisemitischer Bedrohung.

Vieles, was in »Erinnern stören« geschildert wird, nimmt Bezug auf sehr persönliche Erlebnisse, wie die eines 1976 geborenen Sinto über sein Aufwachsen in der DDR, oder die eines 1982 geborenen Rom aus dem (ehemaligen) Jugoslawien, der jahrelang mit seiner Familie in verschiedenen Lagern leben muss. Eine türkische Kommunistin erzählt, wie sie von der Partei 1985 in die DDR geschickt wird, dort studiert und nach der »Wende« dort bleibt.

So bringt der Band beeindruckende Geschichten zusammen: von Bürgerrechts- und Asylkämpfen ehemaliger Gastarbeiter*innen, von Geflüchteten in BRD und DDR. Beiträge über den Eigensinn von Vertragsarbeiter*innen, von damaligen internationalen Studierenden, über jüdisches Leben in Ost und West. Vieles ist Berlin-zentriert, aber auch andere Orte kommen vor. In Merseburg (heute Sachsen-Anhalt) werden im August 1979 die kubanischen Vertragsarbeiter

Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret ermordet, die Täter*innenschaft ist bis heute unaufgeklärt. Seit einigen Jahren untersucht und skandalisiert die »Initiative 12. August« den Fall - und berichtet darüber in ihrem Beitrag.

Ceren Türkmén informiert über einen Brand 1984 in Duisburg, bei dem sieben Menschen getötet wurden: Döndü Satır (40 Jahre), Zeliha (18 Jahre), Rasim (15 Jahre) und Tarık Turhan (50 Tage), Songül (vier Jahre), Ümit (fünf Jahre) und Çidem Satır (sieben Jahre). Erst zehn Jahre später wird das Feuer, das im Treppenhaus des Wohnhauses begann, als Brandstiftung identifiziert - obwohl es in den Jahren zuvor immer Hinweise dafür gegeben hatte, dass der Brand vorsätzlich aus rassistischen Motiven gelegt worden war.

»Erinnern stören« ist ein umfangreiches, inhaltsvolles und wichtiges, nicht zuletzt längst überfälliges Buch. Es ist auch ein Buch über antirassistische Allianzen - und ihre Schwierigkeiten. Wer sich in Zukunft über deutsche Zeitgeschichte, die Geschichte antirassistischer Kämpfe und ein linkes, zeitgenössisches jüdisches Selbstverständnis austauschen will, sollte es gelesen haben.

Ergänzend und vertiefend sei noch auf die Zeitschrift JALTA hingewiesen, die, so der Untertitel »Positionen zur jüdischen Gegenwart« veröffentlicht. Sie erscheint seit 2017 und verfolgt ähnlich wie »Erinnern stören« kritische, feministische und queere Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart. JALTA will »mehrheitsgesellschaftliche Deutungsmuster in Frage« stellen und »die Diversität der Post-Migrationsgesellschaft« widerspiegeln. Sie ist auch für (radikale) Linke sehr lesenswert.

Lydia Lierke und Massimo Perinelli (Hg.): »Erinnern stören«. Der Mauerfall aus migrantischer und



LYDIA LIERKE, MASSIMO PERINELLI (HG.)

ERINNERN STÖREN

Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive

jüdischer Perspektive; Verbrecher Verlag, Berlin Oktober 2020, 540 Seiten, 20 Euro

JALTA, Neofelis Verlag, Berlin, 16 Euro, bisher sieben Ausgaben, Link: <https://bit.ly/3jY72Uz>

Unter <https://bit.ly/2LRuMnt> können die Beiträge des Buches einzeln heruntergeladen werden. Das Webprojekt »Erinnern stören« (<https://bit.ly/3TYQxMB>) stellt Filmbeiträge, Interviews sowie den Film »Duvarlar - Mauern - Walls« (Can Candan, 2000) zur Verfügung.

FEMINISTISCHER COMIC VON EMMA

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 2/21 u.a.:

Torsten Bewernitz: »Männersache: Organizing?« - Gleichheit und Differenz in Gewerkschaften

René Kluge: »Gesundheitsschutz im Homeoffice. Belastungen durch häufige Videokonferenzen«

Peter Kern: »Robin Hood kämpft vergeblich« - Erst Wirecard, nun Gamestop. Beim Leerverkauf spielen die Fondsgesellschaften mit den Kleinaktionären

Thomas Seibert: »Lockdown hier und Elend dort« - Textilproduktion, Corona und das Lieferkettengesetz

»Demokratie ist eine Mitmachsache!« - Andreas Bachmann im Gespräch mit Bobby Winkler zu US-Wahlen

Probelesen?!
Kostenfreies Exemplar anfordern

Niddastr. 64 VH
60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Seit ein paar Jahren nehmen auch im deutschsprachigen Raum klassische Buchverlage Comics und Graphic Novels (Comics im Buchformat) verstärkt in ihre Programme auf. Die meisten jener Veröffentlichungen sind Übersetzungen aus dem englischen oder französischen Raum, wo Graphic Novels zum Teil schon als neunte Kunst anerkannt sind. Im Münsteraner Unrast Verlag ist nun ein feministischer Comic der französischen Zeichnerin Emma mit dem Titel »Ein anderer Blick« erschienen.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

In schnörkellosen Zeichnungen, in denen die meist weiblichen Figuren im Vordergrund stehen und Hintergründe fehlen, diskutiert die 36-jährige Informatikerin politische und feministische Themen. Die zwölf Kapitel drehen sich unter anderem um den so genannten »Mental Load« (»Du hättest nur fragen müssen«), die überzogenen Maßnahmen der Staatsgewalt gegen Menschen nicht-französischer Abstammung nach den Attentaten in Paris 2015 (»Die fantastische Geschichte von Mohamed«), über den männlichen, wertenden bzw. auch von Frauen übernommenen Blick auf (andere) Frauen (»Der männliche Blick«) und die Geschichte einer Entbindung (»Die

Ein anderer Blick

Geschichte meiner Freundin C.«). Dabei fließen stets auch ein persönlicher Blick, Erfahrungen und Reflexion mit ein - besonders deutlich wird dies in »Der männliche Blick«. Es sind wichtige Themen und Kritikpunkte, die sie anspricht - ohne erhobenen Zeigefinger.

Emma steht damit ein Stück weit in der Tradition der feministischen Comic, die sich der Underground-Kultur in den 1970er Jahren entwickelt haben. Spontan fällt mir der Vergleich mit der ebenfalls aus Frankreich stammenden Zeichnerin Claire Bretécher ein, die mit ihren Cartoons unter dem (deutschen) Titel »Die Frustrierten« (Rowohlt Verlag 1978) eine Ikone der feministischen Comicszene wurde.

Nachdem das Genre der (meist) bunten Bilder lange Zeit eine Domäne von »Männern« war, gibt es seit ein paar Jahren eine zweite, vielleicht sogar schon dritte Welle der feministischen Aneignung jenes Mediums. Die erste Welle konnte man in der feministischen Emanzipation von den häufig vor Sexismus strotzenden Undergroundcomix, die häufig mit den Namen Robert Crumb (»Fritz the Cat«, »Zap«) oder Gilbert Shelton (»The Fabulous Freak Brothers«) assoziiert werden, erkennen. In den 1980er Jahren entstand in Amerika dann auch eine eigene feministische Subkultur, die sich unter anderem

in den beiden vom Elefanten Press Verlag 1992 ins Deutsche übersetzten Bände »Comic Sisters. Bad Girl Art aus USA« zeigte. Im deutschsprachigen Raum bildete sicherlich der ebenfalls bei Elefanten Press erschienenen Sammelband »Schräge Schwestern. Comics aus der Tiefe des deutschsprachigen Raumes« (1993) einen wichtigen Meilenstein bei der Etablierung einer feministischen Comic-Subkultur in Deutschland.

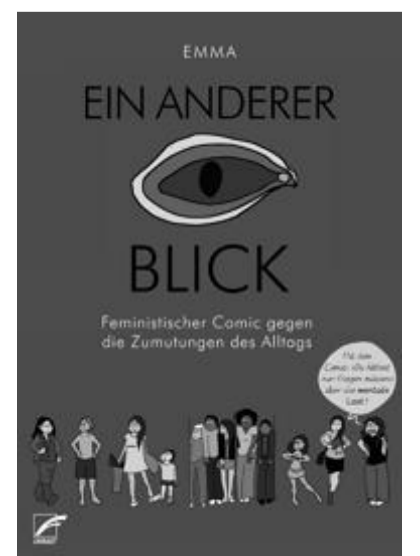
In den letzten Jahren wurden feministische Themen in Form von Sachcomics wie Antje Schrupps und Patus »Kleine Geschichte des Feminismus« (Unrast Verlag 2015) oder (biographischen) Graphic Novels wie zum Beispiel Kate Evans »Rosa« (Dietz Verlag 2019) verstärkt publiziert und von einem breiteren Publikum wahrgenommen. Dabei fällt immer noch auf, dass kaum deutschsprachige Comiczeichnerinnen rezipiert werden. Zu den wenigen Ausnahmen zählt hierbei Ziska (»Future Subjunkies«, »Spacebastards«, Rowohlt Verlag), die vor allem wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem »Altmeister« Gerhard Seyfried (»Wo soll das alles enden?«, Rotbuch Verlag 1978) in der Comicszene wahrgenommen wurde.

Die versammelten Geschichten von Emma geben interessante Denkanstöße, greifen (stets) aktuelle femi-

nistische Diskurse auf und regen zum Reflektieren ein. Ein sehr empfehlenswerter Comic! Es wäre wünschenswert, wenn der Unrast Verlag auch noch den Vorgängerband publizieren würde.

Emma: Ein anderer Blick. Feministischer Comic gegen die Zumutungen des Alltags, Unrast Verlag Münster Oktober 2020, 224 Seiten, 19,80 Euro (Eigentlich müsste der Comic »Ein anderer Blick 2« heißen, da es der zweite Band einer Comicreihe von Emma ist.)

Website der Zeichnerin Emma (französisch): <https://emmaclit.com>



AUS KLASSENKAMPF WIRD PÄDAGOGIK



Michael Schneider schrieb im Oktober 1971 in der wichtigen, von Hans Magnus Enzensberger in hoher Auflage herausgegebenen Zeitschrift »Kursbuch« den Aufsatz »Über den linken Dogmatismus, eine »Alterskrankheit des Kommunismus«. In ihm attestiert er den vielen so genannten »Schulungsgruppen« rund um die maoistisch-kommunistischen Parteien und Bünde, dass diese vor allem ein einziges »psychisches Elend« seien. Der Autor Sven Gringmuth untersucht nun in seiner (literaturwissenschaftlichen) Dissertation den Umbruch der Jahre 1969 bis 1971 und seine Folgen. In diesen Jahren transformierte sich die mehrheitlich antiautoritäre Revolte der langen 1960er Jahre in das Korsett einer um die Trias »Schulung – Untersuchung – Organisationsaufbau« kreisenden Politik.

Gringmuth skizziert eingangs die Vorgeschichte der »Studentenbewegung« und ihrer Theorieerzeption, hier vor allem die »Kritische Theorie«, aber auch Lukacs und Mao. Außerdem zeichnet er die gesamtgesellschaftlichen Trends und Umbrüche dieser Jahre nach. Als Untersuchungsgegenstand nimmt er sich dann aber (nur) die von 1969 bis 1975 erscheinende Zeitung »Rote Pressekorrespondenz« (RPK) vor, die er mit biografischen Interviews mit ZeitzeugInnen erweitert. Die RPK ist neben der linksradikalen »agit 883« und dem »Berliner Extradienst« für ihn die wichtigste Zeitschrift der außerparlamentarischen Gruppen dieser Periode. In einigen Aspekten vergleicht Gringmuth sie auch. Die RPK wird mit Nr. 118 (vom 4. Juni 1971) das Organ des Studentenverbandes der an China orientierten Kommunistischen Partei Deutschland/Aufbau-Organisation (KPD/AO, »Semler-KPD«) und später der Partei selbst.

Als Ergebnis liegt ein ausführliches Panorama jener Jahre vor, das vor allem um die Ereignisse in Berlin kreist. Trotz des Anspruchs, in den Betrieben zu wirken, war der vorrangige Aktionsraum dieser Zeit (zumindest bis Mitte der 1970er Jahre) die Universität. Es werden aber auch angelagerte Aspekte wie Szenekommunikation in Kneipen, Buchläden und Kleinanzeigen mit in den Blick genommen. Das Buch endet mit der »Etablierung« der Alternativbewegung, die aus neuen politischen Generationen entsteht, und ebenso aus der Abkehr von der »proletarischen Phase« ab spätestens 1975. Viele Kommunist*innen werden, wenn die Berufsverbote dies nicht verhindern, schlicht Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen. Aus dem Klassenkampf wird Pädagogik.

Die Geschlechterverhältnisse werden in dem umfangreichen Werk kaum thematisiert. Die marxistisch-leninistischen so genannten »K-Gruppen« sind zahlenmäßig die größte »linksradikale« Strömung im Westdeutschland der 1970er. Dafür sind sie bisher vergleichsweise wenig erforscht, Gringmuths Buch ist ein kleiner, wenn auch stellenweise zäher Beitrag zur Behebung dieses Missstandes.

Bernd Hüttner

Sven Gringmuth: Was war die Proletarische Wende? Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2020, 442 Seiten, 44 Euro

CORONA ALS GESELLSCHAFTLICHE KRISE



An Veröffentlichungen zur Corona-Pandemie gibt es wahrlich keinen Mangel. Sozialwissenschaftliche Analysen zum Thema waren dagegen bislang eher selten. Der vorgelegte Sammelband wurde bereits im Juli 2020 veröffentlicht und umfasst 39 Einzelbeiträge namhafter Sozial- und Kulturwissenschaftler*innen, die die Zeit des ersten Lockdowns für eine Bearbeitung des Themas genutzt haben.

Klarer als in der Phase des ersten Lockdowns in Deutschland ist heute, dass die Corona-Pandemie die Gesellschaft abrupt verändert hat und ihre Folgen lange nachwirken werden. Nach wie vor beherrscht die Expertise der Virologie die Politikberatung und damit die öffentliche Debatte. Angesichts der Tragweite der Veränderungen ist jedoch klar, dass sozial- und kulturwissenschaftliche Sichtweisen auf die Pandemie unverzichtbar sind, denn: Die Corona-Krise ist eine gesellschaftliche Krise.

Die beiden einleitenden Beiträge von Petra Gehring und Angelika Epple vermitteln unter dem Motto »Wir leben seit Corona in der Schule des Vergleichens« eine zentrale Quintessenz. Danach gliedert sich der Band in zwölf Oberthemen. Dies sind: Historische Einordnungen, Körper, Räume, Zeitlichkeiten, Solidaritäten, Gesellschaftsordnung, Staat und Demokratie; Protest, Widerstand und Gewalt; internationale Politik, Ökonomien, Krisenbewältigung und konkrete Utopien.

Die kurzen Beiträge vermessen einzelne Aspekte der »Corona-Gesellschaft«. So wurde das Zuhause für viele krisenbedingt zum Home Office. Die damit verbundene Anforderung der »Neuordnung des Privaten« habe ihre Tücken, wie Sarah Speck schreibt: Erwerbsarbeit und Care-Arbeit erwiesen sich als unvereinbar, die Aufwände im ständig bewohnten Haushalt stiegen an. Die Last würden zumeist die Frauen tragen, und die Corona-Krise werde die Formen der Arbeitskraftnutzung dauerhaft verändern.

Die pauschale Stigmatisierung der Schutzbedürftigkeit der besonders verletzlichen Gruppe der »Alten« klappt die gerade erst im Wachstum befindliche Sozialraumöffnung der Heime. Eine Transformation der Wohnformen im Alter und die Berücksichtigung des Willens der Betroffenen hätten einen anderen Umgang ermöglicht als die klinischen Praktiken des sozialen Todes und die Verdichtung der Kasernierung, schreibt Frank Schulz-Nieswand.

Am Ende spricht einiges für die These von Klaus Dörre, dass sich mit der Corona-Pandemie die Spielräume für eine Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft verengen. Dies gilt vor allem für die soziale und ökologische Dimension.

Der anregende Band bietet der Öffentlichkeit Orientierung und schaffte es immerhin auf die Sachbuchbestenliste September 2020 von Deutschlandfunk Kultur, ZDF und der ZEIT.

Herbert Klemisch

Michael Volkmer / Karin Werner (Hg.) Die Corona-Gesellschaft - Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft, transcript Verlag, Bielefeld 2020, 430 Seiten, 24,50 Euro

DIE UTOPIE DER FREIHEIT



Die Autorin Louise Michel war Lehrerin, Dichterin, Kämpferin, vor allem aber »eine Revolutionärin par Excellence«, wie es in einer zeitgenössischen Zeitschrift hieß. Sie selbst bezeichnet den Freiheitskampf als ihre »wahre Bestimmung«.

Als Ausgangspunkt für ihre Aufzeichnungen wählt sie den Staatsstreich, mit dem Napoleon III. die zweite Republik beendet, sich selbst zum Kaiser gemacht und mit einem »Bollwerk aus Terror« umgeben hatte. Sie erzählt von der Entstehung der (Ersten) Internationalen und vom deutsch-französischen Krieg, in dem Napoleon abdanken musste. Die darauffolgende »Republik des 4. September« jedoch war nur dem Namen nach eine, weil die Verwaltungsstrukturen der Monarchie übernommen worden waren. Das war der Grund für die Revolution, die in der kurzen Zeit der Pariser Commune 1871 gipfelte. Nach wenigen Wochen schon holte die Regierung zum Gegenschlag aus, der in einem Massaker endete. Ausführlich beschreibt sie die Leistungen und den Mut von Frauen in den Kämpfen. Sie selbst geht freiwillig ins Gefängnis, um ihre Mutter auszulösen, und wird schließlich zur Verbannung nach Neukaledonien verurteilt. Das Buch entstand nach ihrer Rückkehr, etwa 25 Jahre später.

Louise Michel nimmt uns mit in die Diskussionen in den Clubs, in die Proteste auf der Straße, in die bewaffneten Kämpfe mit unzähligen Toten, in die Lazarette und die Gerichtsverhandlungen. Das bringt der Leserin das Denken der damaligen Revolutionär*innen näher, das manchmal mitreißt, manchmal aus heutiger Sicht auch verstört. So etwa die Selbstverständlichkeit, mit der Töten als ebenso alternativlos angesehen wird, wie die Notwendigkeit, das eigene Leben seinen Idealen zu opfern.

Die Autorin verwendet eine Vielzahl an Textsorten und Stilmitteln. Sie zitiert ausführlich aus Zeitungen, Manifesten, militärischen Depeschen, Verordnungen und den Aufzeichnungen anderer Zeitgenoss*innen. Über lange Strecken listet sie detailliert Namen, Orte und Kampfhandlungen auf, deren Verständnis das dankenswerterweise vom Verlag zusammengestellte Glossar erleichtert. Ihre schriftstellerischen Qualitäten werden sichtbar in der liebevollen Begeisterung, mit der sie ihre Mitstreiter*innen in der Commune beschreibt – als tapfer und ehrenvoll, wie sie betont, oft zu ehrenvoll, denn zu rücksichtsvoll gegenüber ihren Feinden –, im Zynismus und der Verachtung, wenn sie über Feiglinge oder über die offizielle Regierung spottet, und in den unvermutet zwischen Kampfszenen auftauchenden stimmungsvollen Naturbeschreibungen und Gedichten.

Wegen der langen Aufzählungen und der Detailverliebtheit ist das Buch manchmal langsam und nicht einfach zu lesen. Es ist aber auf jeden Fall ein wichtiges Zeitdokument aus der Anfangszeit jener Kämpfe, denen wir die Freiheiten und Möglichkeiten verdanken, die für uns heute so selbstverständlich sind.

Brigitte Kratzwald

Louise Michel: Die Pariser Commune; Mandelbaum Verlag, Wien 2020, 416 Seiten, 28 Euro

ENTEIGNEN FÜRS GEMEINWOHL



Als Enteignung wird meist die kapitalistische Praxis verstanden, mittels gewaltsamer Methoden oder trickreicher Handelsverträge kommunalen Besitz in Privateigentum umzuwandeln. Aber auch die antikapitalistischen Kämpfe, die auf Vergesellschaftung von Privateigentum setzen, könnten als Enteignung verstanden werden. Dies schreibt die »Widerspruch«-Redaktion in der Einleitung zu ihrem neuen Heft und skizziert damit ein breit angelegtes Themenfeld.

In insgesamt 20 Beiträgen diskutieren unterschiedliche AutorInnen sowohl methodisch als auch theoretisch verschiedene Ansätze zur Eigentums- und Enteignungsfrage. Dabei wird inhaltlich unter anderem auf Karl Marx, Rosa Luxemburg und die Commons-Forscherin Elinor Ostrom Bezug genommen, mit David Harvey die »Akkumulation durch Enteignung« diskutiert und feministische Debatten gegen die Aneignung des weiblichen Körpers und der unbezahlten Sorgearbeit beleuchtet.

Bei den vorliegenden »Beiträgen zu sozialistischer Politik«, wie es im Untertitel heißt, sei bewusst eine möglichst offene Perspektive gewählt worden, um Enteignung als »vielschichtiges Phänomen« zu diskutieren. Dass Enteignungskämpfe immer noch primär von oben geführt werden, widerspiegeln sich zwar im Verhältnis der vorliegenden Beiträge, so die Redaktion, denn erfolgreiche »Kämpfe und Zukunftsvorstellungen von Selbstermächtigung und anderen Eigentumsverhältnissen« seien doch noch eher dünn gesät.

Dennoch macht die Widerspruch-Redaktion mit »Enteignen fürs Gemeinwohl« als gewählten Titel deutlich, wo ihre Sympathien liegen: So werden im ersten Beitrag die Erfolge des Roten Wien mit einem »Wohnbau als Sozialisierung von hinten« in Bezug gesetzt zur aktuellen Berliner MieterInnenbewegung, die mittels Volksbegehren die Wohnungen der großen Immobilienkonzerne vergesellschaften will. Rückblickend auf das 17. Jahrhundert in England diskutieren Urs Marti-Brander und Philippe Kellermann die Konzepte des »liberalen Kommunitärs« John Locke, der »Commons als eigentliche Grundlage der menschlichen Existenz, der individuellen Freiheit und einer demokratischen Gesellschaft« verstanden habe.

Deutlich aktueller sind zwei Artikel, die sich um Genossenschaften drehen. Zum einen wirft Gisela Notz einen Blick auf die zunehmende Zahl an Neugründungen in Deutschland und hofft, dass die genossenschaftliche Selbsthilfe in den kommunalen Reformdebatten zukünftig einen Rolle spielen werde. Zum anderen berichtet Nora Komposch von migrantischen Care-ArbeiterInnen in New York, die sich als Mitglieder in »Workers Cooperatives« viel sicherer fühlen, da sie neben besseren Löhnen auch individuelle und kollektive Selbstermächtigung erfahren.

Acht teilweise sehr ausführliche Rezensionen runden das gehaltvolle und abwechslungsreiche Heft ab.

Peter Streiff

Julia Klebs (verantw.), Redaktion Widerspruch: Enteignen fürs Gemeinwohl - Widerspruch 75, Beiträge für eine sozialistische Politik; 224 Seiten, Rotpunktverlag, Zürich, Oktober 2020, 18 Euro

ALTERNATIVE LANDPOLITIK



Ausgangspunkt dieser Studie ist die interessante – und politisch bedeutsame – Beobachtung, dass es zwar seit Jahren eine enorme Beschäftigung kritischer Wissenschaft und sozialer Bewegungen mit Städten und Urbanisierung gibt, etwas vergleichbares aber für ländliche Räume bei weitem nicht stattfindet. Diesem Umstand will die vorliegende Publikation abhelfen und Debatten kritischer Sozialwissenschaften zum Thema im englischsprachigen Raum nach Deutschland »importieren«.

Die drei AutorInnen benennen zuerst die für sie wichtigen Konzepte einer kritischen Landforschung: politische Ökonomie, politische Ökologie und auf Diskursanalyse und der Kritik von Repräsentation und Zuschreibungen beruhende Ansätze. Danach fächern sie die Trends auf, die heute ländliche Räume dominieren: ungleiche Entwicklung, Globalisierung und Ernährungsregimes, Strukturwandel und Industrialisierung der Landwirtschaft, Armut, Wandel der Geschlechterverhältnisse und Gentrifizierung in touristisch geprägten Regionen. Die AutorInnen benennen die vorherrschenden Machtverhältnisse und beschreiben Populismus als ein Phänomen absteigender ländlicher Regionen.

In einem dritten Schritt werden Selbstorganisation und (neue) soziale Bewegungen, Commons, Munizipalismus und ein »Recht auf Dorf« als alternative Entwicklungsstrategien skizziert.

Die Broschüre ist kompakt und lesenswert; aber es ist, wie die AutorInnen selbst schreiben, vor allem eine Literaturstudie, die das Ziel hat, internationale kritische Debatten im deutschsprachigen Raum bekannt zu machen.

Trotzdem wirkt es leicht absurd, wenn die durchaus vorhandene deutschsprachige Literatur zum Thema, die es etwa im intellektuellen Umfeld des »Agrarbündnisses«, von Werner Bätzing, oder etwas älter, von der damaligen »Arbeitsgemeinschaft für Ländliche Entwicklung« am Fachbereich Stadtplanung/Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel gibt, nicht berücksichtigt wird. Das Literaturverzeichnis ist sehr umfangreich, enthält aber nur eine handvoll deutschsprachiger Titel. Viele die, wie die AutorInnen dieser Studie, an einer anderen, alternativen, sozial-ökologischen Landpolitik interessiert sind, werden wohl kaum englische Fachliteratur lesen. So dürfte diese Studie vor allem im akademischen Raum Resonanz finden. Der Befund, dass ländliche Räume wichtig für emanzipatorische Politik und eine gesellschaftliche Linke sind, ist aktueller denn je.

Eine Buchfassung ist im transcript Verlag, Bielefeld 2020 erschienen (150 Seiten, 19,50 Euro).

Bernd Hüttner

Lisa Maschke / Michael Mießner / Matthias Naudmann: Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven; veröffentlicht von der Rosa Luxemburg Stiftung und dort frei verfügbar und als Print-Version kostenlos bestellbar: <https://bit.ly/3ppJLfw>

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

RECHT AUF WOHNRAUM

Housing Action Day 2021

27. März (Bundesweit)

Genauere Informationen in Kürze auf: <https://bit.ly/2Nzru1L>

OSTERFERIEN

Waldwoche für Kinder

29. März bis 1. April (Hambacher Wald)

Es soll sie wieder geben, die beliebte Waldwoche für Kinder ab sechs Jahren, zu Ostern vier Tage, jeweils vier Stunden rund um den Grenzübergang Köpfchen. Anmeldungen sind ab sofort möglich, leider unter Vorbehalt und ohne Gewähr, da das Angebot von den aktuellen Verordnungen abhängig ist.

Info: <https://bit.ly/3dJHfoI>

VERANSTALTUNGSREIHE

Staatstheorien und Staatskritik

16. April, 15.30 Uhr (München)

Mit der Reihe »Staatstheorien und Staatskritik« wird Interessierten die Möglichkeit gegeben, sich mit verschiedenen Dimensionen kritischer Staatstheorie zu beschäftigen. Nicht nur, aber auch das aktuelle staatliche Handeln in Zeiten von Covid-19 macht es nützlich, die Grundlagen von Staat und Politik zu erörtern. Dabei werden eine Auswahl von staatstheoretischen Positionen zur Diskussion gestellt, die dabei helfen sollen, den Staat in der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen. Und nicht zuletzt geht es darum, was das al-

les für linke Politik bedeutet und inwieweit kritische Staatstheorien dabei überhaupt von Belang sind.

Ort: Westendstraße 19, 80339 München
Info: <https://bit.ly/3rWN6US>

VORTRAG

100 Jahre Summerhill

21. April, 18.30 Uhr (Berlin)

Im Jahr 1921 gründete der britische Pädagoge A.S. Neill in Großbritannien die Internatsschule Summerhill. Diese wurde zum Inbegriff der antiautoritären Erziehung - einer Erziehung basierend auf den Prinzipien von Selbstregulierung, freiwilliger Unterrichtsteilnahme sowie Erziehung auf Augenhöhe. Die antiautoritäre Erziehung wurde zum Vorbild vieler freier, demokratischer Schulen und Kindergärten, aber auch innerhalb von Familien. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Schule geht es um eine Bestandsaufnahme und Reflektion.

Ort: Baumschulenstraße 79-81, 12437 Berlin
Info: <https://bit.ly/3tXFbZc>

POLITISCHES KABARETT

Frauenpower bei Pandemie

7. Mai, 19 Uhr (Ulm)

Christa Mayerhofer beschäftigt sich in ihrem aktuellen Programm mit dem Leben im Sternzeichen von Corona. Gerade in Zeiten der Pandemie kann frau zeigen, was wirklich in ihr steckt, denn jetzt ist tagtäglich Höchstleistung auf allen Ebenen gefragt. Locker und easy verbindet sie home-office mit home-schooling, lotst die Kinder beim Einkaufen spielerisch am

verbotenen Spielplatz vorbei, ist ihrem gefrusteten Partner verständnisvolle Freundin oder auch Blitzableiter. Zeit für sich, für Burnout oder Nervenzusammenbruch ist jetzt auf keinen Fall angesagt und Generalstreik ist im Moment auch nicht opportun. Ort: Weinhof 22-23, 89073 Ulm
Info: <https://bit.ly/3anucR0>

RECHT AUF STADT

Forum 2021

7. bis 9. Mai (Bonn)

Das Recht auf Stadt ist immer noch nicht erkämpft. Also mindestens ein Grund, wieder zu einem Recht auf Stadt-Forum einzuladen. Ob Solidarische Stadt, Stadt von Unten, Stadt für alle, Reclaim the City and the Streets - unter vielen Labels werden die Diskussionen geführt. Ob Aufenthalt, Wohnen, Mobilität, Klima, Kunst, Freiräume oder Gesundheit - unter vielen Aspekten wird das Recht auf Stadt verhandelt. Ein Aufruf für Vorträge, Rundgänge, Workshops und Ausstellungen folgt.

Ort: Wilhelmstr. 34, 53111 Bonn
Info: <https://bit.ly/3b4cUra>

ÖKONOMIE CAMP

»Cömp«

12. bis 16. Mai

Wir sind eine noch unbekannte Gemeinschaftsökonomie und organisieren ein Camp in ??? - (Ja, das steht noch nicht ganz fest. Soll aber halbwegs zentral in Deutschland liegen. Falls ihr da was wisst, gerne Bescheid geben). Ziel der Veranstaltung ist eine Vernetzung verschiedener Gemeinschaftsökonomien, um langfristig eine breitere Soli-

darstruktur zu schaffen und uns damit weiter von kapitalistischen Zwängen zu emanzipieren. »Cömp« soll aber auch ein Ort sein, um sich über Erfahrungen und Erkenntnisse auszutauschen, gemeinsam kapitalistische Sozialisierungen zu reflektieren, neuen Input und Perspektiven auf den Umgang mit Geld zu bekommen, wie auch den einen oder anderen Life-Hack, den Ökonomien für sich gefunden haben, zu teilen.

Info: <https://bit.ly/37YJ05>

KRONSTADT KONGRESS

Anarchistische Bewegungen und Perspektiven heute

3. bis 6. Juni (Berlin)

Wir, die beteiligten Organisationen, wollen die Auseinandersetzung mit all jenen, die die herkömmlichen autoritären Antworten auf die Krisen nicht mehr hören können. Die Befreiung von jeglicher Herrschaft wird niemals von der Sozialdemokratie, dem Parlamentarismus oder gar von post-leninistischen Sekten ausgehen! Stattdessen möchten wir verschiedene Perspektiven der Selbstverwaltung, Konzepte der gegenseitigen Hilfe und Kooperation und widerständige Formen herrschaftsfreier Kämpfe diskutieren und Neues entstehen lassen. Wir möchten keine fertigen Antworten liefern, sondern wollen sie gemeinsam mit allen Neugierigen finden. Dabei werden wir von dem Mut geleitet, sehen zu wollen, wo wir in unserer Unterschiedlichkeit stehen, und viel mehr noch, wohin wir von da aus gehen möchten. Es geht um unsere Zukunft! Wir brauchen euch, eure Beteiligung und eure Kritik, euren Mut und eure Sehnsucht!

Info: <https://bit.ly/3apfwki>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumpke
ulrike.kumpke@contraste.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
kontakt@finkenburg.info

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org

ANZEIGEN
Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN

Teste die beste linke, überregionale Tageszeitung.



Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.
jungewelt.de/probeabo oder 0 30/53 63 55 84

anti atom aktuell
Berichte Meinungen Analysen
aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball
werde Fördermitglied! < je nach Geldbeutel >



Tollendorf 9 | 29473 Gohrde | www.anti-atom-aktuell.de

Redakteur*in gesucht!
graswurzel revolution
Der Herausgeber*innenkreis der GWR sucht eine*n neue*n Koordinationsredakteur*in.

Wir suchen eine Person (m/w/d), die sich mit gewaltfrei anarchistischer Aktion, Bewegung und Revolutionsutopie identifiziert und idealerweise selbst in sozialen Bewegungen aktiv ist.

Das Aufgabengebiet umfasst u.a.:

- Planung und Lektorat der regelmäßig erscheinenden Ausgaben
- Organisation von Artikeln und Schwerpunkten
- Planung der GWR-Herausgeber*innentreffen
- Mitarbeit an der konzeptionellen Weiterentwicklung der GWR

Arbeitsbeginn und Arbeitsort können abgesprochen werden

Bewerbungen mit Lebenslauf (Dateigröße max. 5 MB) bitte bis zum 02.04.2021 ausschließlich per Mail an: bewerbung@graswurzel.net
Mehr Informationen auf: www.graswurzel.net

Ossietsyky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1937

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

jetzt abonnieren ab Heft 1/2021
www.ossietsyky.net
Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

KLEINANZEIGEN

Leben in Kommune
Ich (55) sehe meine Zukunft im Kommu-naleben. Suche Kontakt zu anderen frauenliebenden Frauen, die auch Interesse am Leben in einer Kommune haben, zwecks Austausch oder vielleicht sogar gemeinsamer Suche in bestehenden Projekten. Oder auch Gründung? Auch Erfahrungsberichte sind willkommen.
Kontakt: lebensfreude51@posteo.de

BFD-Stelle im Waldgarten
Wir suchen wen für unsere BFD-Stelle im Waldgarten (Beginn im Frühsommer). Auf unserer Website findet ihr einen Artikel mit ausführlicheren Infos zur Stelle: allmende.bplaced.net
Gerne auch weiterleiten an andere Interessierte!
Kontakt: allmende.bplaced.net